

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 9. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die ostasiatische Besatzungsbrigade.

Bei der Räumung Chinas durch die deutschen Truppen geht es sonderbar zu. Von den 54 Infanterie-Compagnien, die dem Expeditionscorps des General-Lieutenants v. Wessel zugeteilt waren, bleiben nicht weniger als 27 in China und so etwas nennt man eine Räumung. Diese Compagnien, welchen auch eine Schwadron Reiter, drei Batterien Artillerie, eine Pioniercompagnie zc. beigegeben sind, haben den offiziellen Titel „ostasiatische Besatzungsbrigade“ erhalten, ein Titel, der gewiß schön und sehr nach Welt Herrschaft klingt. Aber noch viel schöner wäre es, wenn die Existenz der Brigade auch mit der Reichsverfassung im Einklang stünde, was leider nicht der Fall ist. Die Reichsverfassung, die allerdings im Laufe der letzten Jahre sehr aus der Mode gekommen zu sein scheint, weist nämlich einen Artikel 80 auf, der vorschreibt, daß im Frieden die Präsenzstärke des Heeres „im Wege der Reichsgesetzgebung“, also nur mit Zustimmung des Reichstags festgesetzt werden darf. Nun wird aber niemand behaupten wollen, daß wir mit China im Krieg leben, denn die hohe Reichsleitung erklärte beim Beginn des Abzuges selbst, daß es sich hier um gar keinen Krieg handle und deshalb der Reichstag nicht einberufen werden müsse. Wenn das Deutsche Reich aber sogar in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres mit China nicht im Kriege lag, so kann dies jetzt, wo der Weltmarkt wieder nach Hause schwimmt, wo ein chinesischer Prinz sich zur Wusfahrt nach Berlin anschickt und die Friedensverhandlungen ihrem Abschluß nahen, erst recht nicht der Fall sein. Und daher kann nach der Reichsverfassung die Präsenzstärke der deutschen Armee jetzt nur so viel betragen, als in dem letzten vom Reichstag bewilligten Militärgesetz vorgesehen ist. Dieses Gesetz, das im März 1899 zur Annahme gelangte, kennt aber keine ostasiatische Besatzungsbrigade. Und da die hohe Reichsleitung es auch unterließ, den Reichstag später um die Genehmigung der neuen Brigade zu ersuchen, so kann kein Zweifel sein, daß diese verfassungswidrig ist.

Dah auch die besondere Chinavorlage keine dauernde oder vorübergehende Besatzung Chinas nach der vom Kaiser selbst anerkannten Beendigung der Expedition ohne erneute Zustimmung des Reichstags zuläßt, haben wir bereits wiederholt dargelegt.

Ebenso dunkel wie die staatsrechtliche Daseinsberechtigung der neuen Chinatruppe ist ihr Zweck. Soll sie vielleicht eine ähnliche Rolle spielen, wie sie die deutsche Okkupationsarmee nach 1871 in Frankreich hatte, nämlich so lange in China zu bleiben, bis wir unsere Kriegsschuldigung erhalten haben? Dann dürfte sie die heimtücklichen Pläne überhaupt nicht mehr setzen, denn China wird zunächst höchstens die Zinsen zahlen und sich nebenbei nach einem mächtigen Freund umsehen, auf den gestützt, es die Zahlung in Wälde ganz einstellen kann. Und solche Freunde findet es genug. Alle anderen Großmächte werden nimmermehr China eifrig ihre guten Dienste anbieten, nur auf diese Weise Konzessionen zu erlangen. Ist erst der Hof wieder in Peking, so wird das Vuhlen und Intrigieren um die Gunst des Chinamannes mit Hochdruck beginnen und dabei wird die Zahlung der Kriegsschuldigung leicht und unbemerkt aus der Welt verschwinden.

Oder soll die Brigade vielleicht die deutsche Gesandtschaft schützen? Dazu braucht man nicht 6000 Mann, die jährlich die Kleinigkeit von mindestens 35 Millionen kosten, sondern es würden 100 Mann mit einigen Maschinengewehren voll auf genügen.

Oder besteht die Bestimmung der Brigade am Ende darin, daß sie auch mit schneidigen Paradermärschen chinesischen Markt zu erobern und auch mit stromenden Gewehrreihen der deutschen Industrie samose Aufträge von chinesischer Weste zu verschaffen hat? Ein solcher Erfolg dürfte allerdings auch denjenigen, der im preussischen Drill die imponierendere Erscheinung des Weltalls bewundert, nicht ganz wahrscheinlich dünken.

Weiter kann mit der neuen ostasiatischen Truppe auch der Zweck, neue „Pachtungen“ in China zu erwerben oder das deutsche Volk allmählich an die Ausgaben für eine Kolonialarmee zu gewöhnen, verfolgt werden.

Freilich ist es auch nicht ausgeschlossen, daß die Brigade überhaupt gar keine Bestimmung hat, sondern nur ein Produkt der deutschen „Weltpolitik“, die in Wirklichkeit nur eine sich in alles mischende und überall dabei sein wollende Weltgeschäftsliberei ist, vorstellt.

Doch mögen die in China zurückgelassenen deutschen Truppen einen vorbedachten Zweck oder keinen haben, auf jeden Fall bleiben sie längere Zeit in China und darin liegt eine große Gefahr für das Deutsche Reich. Wie jeder mündigste weiß, sind die Chinesen gerade auf Deutschland am schlechtesten zu sprechen. Mögen ihnen die Deutschen auch nicht weher gethan haben als die anderen Nationen, so werden von den letzteren doch die bekannten Vorgänge des verflochtenen Jahres dazu benutzt, den brennenden Haß, den die Chinesen mit Recht gegen die Fremden empfinden, auf die Deutschen allein abzuleiten. Gesezt nun, dieser Haß führt zu einer neuen Explosion, die sich aber nach Lage der Dinge nur gegen die Deutschen, vor allem gegen die deutschen Besatzungstruppen richtet. Vielleicht wird eine solche Explosion von Seite Russlands oder einer andren Macht sogar künstlich erzeugt werden. Dann aber wird Deutschland die Sache allein ausfechten müssen und der freundwellige Herr Vetter an der Riva und der Herr Nachbar in Paris, denen nichts lieber sein kann, als wenn Deutschland sich die Finger in China tüchtig verrennt, werden die chinesische Armee und die Voger durch heimliche Entsendung von Offizieren gewiß unterstützen. Schickt Deutschland auch nur 50 000 Mann nach China, so kostet die Geschichte, die Dauer des Kriegs mit einem Jahr angelegt, doch

nahezu eine Milliarde. Weiter ist auch die unangenehme internationale Situation, in die Deutschland durch ein solches neues Afrika-Abenteuer geriete, zu bedenken. Das Deutsche Reich kann bei seiner centralen Lage in Europa unmöglich einen größeren Kolonialkrieg führen, ohne dabei in Abhängigkeit zu seinen Nachbarstaaten zu kommen. Man stelle sich nur vor, wie es erginge, wenn wir z. B. einen Krieg wie den südafrikanischen auszufechten hätten. Es bliebe Deutschland nur die Wahl, ob es auf Südafrika oder seine Großmachtstellung in Europa verzichten will. Aber auch wenn es uns gelänge, China rasch und ohne Einbuße an unserem Prestige niederzuwerfen, so würden wir mit China selbst wahrlich nicht die nämlichen Erfahrungen machen, wie jetzt: Es spränge nämlich bei der ganzen Unternehmung nichts heraus. China gehört zu den Staaten, deren Existenz auf der Eifersucht der andern Mächte beruht, und gerade solche Staaten sind sehr schwer zu fassen.

So repräsentiert sich die ostasiatische Besatzungs-Brigade, im ganzen betrachtet, als ein neues Musterwerk der „weissagenden“ Politik des Bismarckes und als eine treffliche Illustration dafür, mit welcher geradezu genialen Gleichgültigkeit besagter Sturz sich über die „starrten“ Bestimmungen der Reichsverfassung hinwegsetzt. Aber noch nicht genug mit diesem Gesamteindruck, die Brigade weist auch im Detail eine besondere Wärme auf, die zu den schönsten Blumen in dem großen Thesenkranz neugermanischer Staatsweisheit gehört. Es ist dies die Stationierung von 800 Mann in Shanghai. Die Franzosen hatten hier zuerst, ein Grundstück zum Kasernenbau gekauft. Die deutsche Weltgeschäftsliberei konnte da natürlich nicht zurückbleiben, und daher wurde flugs auch ein Bauplatz erworben, um zwei deutsche Bataillone nach Shanghai legen zu können. Damit aber ist in Shanghai eine internationale Garnison entstanden. Und welche gefährliche Einrichtungen solche Garnisonen sind, hat man an Tientsin gesehen. Schlägereien und Schieberereien waren hier an der Tages- oder besser gesagt Nachordnung, schwere Konflikte zwischen den einzelnen Nationalitäten drohten auszubrechen, so daß sogar Herr v. Wabersee, der ausgezogen war, um das Weltgeschwergel zu schwingen, die Rolle eines Weltfriedensengels übernehmen mußte. Diese Erfahrungen sollten doch zur Vorsicht mahnen. Aber, du lieber Himmel, die Vorsicht ist ein Produkt des Voraussehens und der Ueberlegung, und gerade diese beiden Eigenschaften fehlen der neugermanischen „Staatskunst“ gänzlich. Nur der Augenblickserfolg ist Trumpf. Eine deutsche Garnison in Shanghai! Klingt das etwa nicht großartig, schmeckt es nicht nach Welt Herrschaft? Alles andre ist ja egal.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Juli.

Die Aufhebung der Selbstverwaltung.

Herr Graf Bülow sitzt ruhig an den Gewässern der Nordsee in Norddeyne und hat bisher, obwohl Norddeyne durch Telegraph mit Berlin verbunden ist und obwohl er, wie seine journalistischen Leibpagen zu sagen pflegen, ein moderner Mensch ist, immer noch nicht sein Entlassungsgesuch eingereicht. Er scheint sich in seinem Mißerfolge ganz behaglich zu fühlen. Wenn er eben — wie man hört — die geplante Reise nach Petersburg deshalb unterlassen mußte, weil für diese Reise in Petersburg nicht das angemessene Quantum von Empfangsfreude aufgeboten wäre — warum sollte er die Konsequenzen daraus ziehen, wenn der von ihm befürwortete Bürgermeister Kauffmann deshalb nicht bestätigt wurde, weil er den vornehmsten Noe eines Landwehrleutenants unwillig ausgezogen hatte. Graf Bülow wird sich wohl inzwischen zur besseren Einsicht bekehrt haben und nimmermehr tief überzeugt sein, daß ein Mann ohne Landwehruniform unmöglich zweiter Bürgermeister sein könne.

Daß das Bestätigungsrecht eine schwere Beeinträchtigung des Princips der Selbstverwaltung bildet, braucht nicht näher gezeigt zu werden. In seiner heutigen Handhabung wirkt das Bestätigungsrecht als eine Aufhebung der Selbstverwaltung. Und es wäre darum kaum etwas geändert, wenn nun auch thatsächlich nach einer zweiten Ablehnung des von den Stadtverordneten abermals gewählten Kaufmann ein von der Regierung ernannter Kommissar aller Welt klar machte, daß der Grundsatz der Selbstverwaltung ein leerer Hohn sei. Es ist immer gut, wenn die Dinge nicht anders scheinen, als sie wirklich sind. Der Staatskommissar würde die Sachlage sehr angemessen kennzeichnen.

Die liberale Presse geberdet sich ja vorläufig sehr hochgemut. Und wirklich sollte man meinen, daß es selbstverständliche Pflicht der Stadtverordneten sei, Herrn Kauffmann nicht nur wiederzuwählen, sondern diesmal einstimmig den Nicht-Bestätigten zu präsentieren, wenn auch, wie in einem demokratischen Blatt zu lesen ist, „in aller Ehrerbietung“. Freilich ist der heutige Gemeindefreisinn nicht sehr weiterfest und die „Staatsbürgerzeitung“ versucht nicht unbediente Späße über die liberalen Mannesgeelen, wenn sie meint:

„Ob der Berliner Judenkreislauf jenes harte Maßgrat jedoch besitzen wird, bleibt abzuwarten. Bisher hat in jener Körperhaft der Wunsch, mit der besseren Hälfte und mit den Frauenleuten bei feierlichen Empfängen aufmarschieren und eventuell in Anzügen bei Hofe erscheinen zu können, immer noch den Mut in der Brust befeuert, und jedem Anlauf zur Bestätigung des Männerkoloss vor Königsbronnen ist aus diesem Grunde immer noch der Maßstab gefolgt. Man braucht sonach die Drohung mit einem Konflikt noch lange nicht ernst zu nehmen.“

Das Blatt, das mit antisemitischer Ehrlichkeit die günstige Gelegenheit bemitt, um seine eigne feuerfichere Loyalität an-

zupreisen, meint, die Nichtbestätigung Kauffmanns sei eigentlich eine Maßregelung für eine parlamentarische Abstimmung. Der ausschlaggebende Grund für die Nichtbestätigung sei offenbar darin zu suchen, daß Kauffmann gegen die von der „Staatsbürger-Zeitung“ sonst doch auch als gräßlich empfundene Flotte gestimmt habe. Dem Plottengegner sei es eben so gegangen wie den Kanalgegnern. Wäre dem so, dann würde die Maßregelung bedeuten, daß das Bestätigungsrecht zu einem Mittel geworden ist, nicht nur unmittelbare sondern auch mittelbare Beamte für ihr parlamentarisches Verhalten zu bestrafen. Dann läge aber die Angelegenheit weit schlimmer als bei der verfassungswidrigen Maßregelung der kanalfreundlichen Landräte, denn diese sind doch wenigstens berufen, die Politik der Regierung zu vertreten, während kommunale Beamte keinerlei derartige Verpflichtung haben und haben können.

Interessant ist es übrigens, daß einer der schärfsten Gegner der Kanalmaßregelungen, Herr v. Hedlich, in der „Post“ geradezu begeistert von der Maßregelung Kauffmanns ist. Die „Post“ fordert die Regierung zum Weiterschreiten auf diesem Wege auf:

„Das Herranziehen politischer Tendenzen in die Wahlen zu städtischen Körperschaften muß gerade in der jetzigen Zeit die Aufmerksamkeit der Staats-Aufsichtsbehörden besonders auf sich lenken und sie zu einer überaus sorgsamem Wahrnehmung des Bestätigungsrechts veranlassen. Denn der Mißbrauch städtischer Körperschaften zu politischen Zwecken wird gerade jetzt von den politischen und wirtschaftspolitischen freihändlerischen Centralstellen in Berlin systematisch betrieben. Die Beschlüsse städtischer Körperschaften gegen die Erhöhung der Landwirtschaftlichen Zölle sind keineswegs spontan in den betreffenden Ortsgemeinden entstanden, sie sind vielmehr von Berlin aus planmäßig inscenirt worden zu dem doppelten Zwecke, einmal die Durchführung der Politik gleichmäßigen Schutzes aller Zweige der nationalen Arbeit bei Neuregelung unserer Zoll- und Handelsbeziehungen zum Auslande zu erschweren und sodann für die künftigen Reichstagswahlen die Patronage der städtischen Körperschaften für freisinnige Wahlen zu erlangen.“

Die „Post“ wünscht also ganz ungeniert, daß auf dem Wege der Strafmaßregelungen die Gemeinden davon abgesehrt werden, daß sie in der Ausübung ihres gesetzlichen Petitionsrechts pflichtgemäß in der Volkfrage die Interessen der Einwohner wahrnehmen. Die „Post“ sollte sich doch wirklich lieber darum kümmern, daß nicht die politischen Beamten der Regierung eine noch dazu oppositionelle politische Tendenz in die Verwaltungsämter hineintragen. Aber Auslassungen wie die des Jobst-Organ zeigen, daß die heutige Handhabung des Bestätigungsrechts nichts ist, wie eine Aufhebung der Selbstverwaltung.

Deutsches Reich.

Der vornehmste Noe. Der zweite Sohn des Kaisers, Prinz Eitel Fritz, ist am 7. Juli 18 Jahre alt geworden und, wie es üblich ist, als Lieutenant in die Armee eingestellt worden. Nach Abzug des Fahnenweids hielt Wilhelm II. die folgende Ansprache:

„Nach eifriger Vorbereitung dem Studium obgeliegen, hat mein zweiter Sohn, Prinz Eitel Friedrich von Preußen, nach dem Urteil seiner Vorgesetzten sein Examen mit „gut“ bestanden. Die fünfjährige Liege nimmermehr hinter ihm, und mit dem heutigen Tage tritt er ein in die Aufgaben des Lebens, für die er sich vorbereitet hat: Die vornehmste Aufgabe, die Verteidigung des Vaterlandes, die vornehmste Waffe, das Schwert, der vornehmste Noe, der preussische Soldatenrud, der Noe meines Ersten Garde-Regiments zu Fuß. Die Eigenschaften, welche der Prinz im Laufe seiner jugendlichen Entwicklung an den Tag gelegt hat, verhüten es mir und edem sein Eid, daß er ein thätiger Offizier und ein treuer Diener seines Vaterlandes werden wird. Besonders begabt für das militärische Leben, mit scharfer Auge für das Detail wird der Prinz nimmermehr in den Reichen des Regiments, sobald er sein Offiziersexamen abgelegt hat, sich auch aktiv an dem Dienst, nach dem er sich sehnt, beteiligen. Obwohl noch sehr jugendlich, so soll er doch ein Beispiel sein im Eifer, ein Beispiel im Verhalten aller militärischen Gesehe, ein Beispiel vor allem als Offizier und Mann, das schönste, was ich mir denken kann: ein erster, mit dem Bild auf das Leben gewandter Offizier, unbenugiam und eiser in alledem, was die Ritterlichkeit des Offiziersstands ausmacht, hart gegen sich selber, in strengster Selbsttucht die Traditionen seines Hauses und dieses erhabenen Regiments aufrecht erhaltend, und bekümmert um Stimmungen von außen, das Ziel gerade vor Augen und nur seinem Gott und seinem Vater verantwortlich, so möge er seine Bahn ziehen! Das Regiment aber, in welches ich nun schon meinen zweiten Sohn eingereiht habe, leistet mir Gewähr dafür, daß der junge Prinz in einem Centrum aufwachsen wird, wo von allen Seiten die reichliche Tradition der preussischen Geschichte aus guten wie schweren Tagen ihm entgegenlagern wird. Die Grenadiere dieses Regiments werden sich voll der Ehre bewußt sein, die ihnen zu teil wird dadurch, daß wieder ein junger Hohenzoller unter ihre Fahnen tritt. Mein Sohn, ich wünsche Dir Glück zu dem heutigen Tage. Du hast mir bisher Freude gemacht, und von heute ab hoffe ich, daß auch Du Freude empfinden wirst an dem Leben und an der Arbeit, die Dir bevorsteht. Tritt ein in die Reichen und ziehe Dein Schwert!“

Die durch den angeblichen Ballunfall geungünstigt Agrarier werden nach dieser Ansprache wieder aufatmen.

Hohenzoller Memoiren. Aus Mainz wird telegraphisch: Die von einem Berliner Walle gedachte Weltung, „das brudertliche Gedenken des Fürsten Hohenzoller vorlägen, die alsbald veröffentlicht würden, kann nach Informationen aus bester Quelle als unrichtig bezeichnet werden.“

Die Insertions-Gebühren betragen für die sechs-spaltige Kolonne je Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungen 20 Pfg., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg., nur das erste Wort frei. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Das wird wohl heißen, die Memoiren des dritten Kanzlers seien zwar da, sie seien aber nicht „druckfertig“, will sagen: sie sollen einstweilen nicht veröffentlicht werden. Auch der dritte Band der Bismarckmemoiren wird ja immer noch geheim gehalten.

Thatsachen belehren. In der „Welt am Montag“, deren nationalsozialistische Zeitung sich ein Geschick daraus macht, die marxistischen „Doktrinen“ von dem Segen grundsätzlichen Hindurchgehindert zu überzeugen, findet sich heute folgendes Geständnis:

„Die Krise ist so schwer und so tief, wie das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt noch niemals eine zu bestehen hatte. Die jetzt auch von sozialistischen Kritikern so leichtfertig ignorierte Marx'sche Krisentheorie hat sich insofern jetzt schon als richtig erwiesen, als sie behauptet, daß mit der zunehmenden Kraft des Kapitalismus auch die Intensität der Krisen wächst. Und ob sie nicht auch in Bezug auf die Dauer der Krisen recht behält, das wollen wir nur erst abwarten. Der von oben herab in Deutschland kultivierte Ueberchwang in der Selbsterschätzung hat auch in finanziellen Dingen Funktionen geübt, die sich jetzt um so schwerer rächen, je allgemeiner sie sich eingemischt hatten. Es herrscht eine Zerrüttung und eine Unzulänglichkeit im deutschen Geschäftsleben wie noch nie. Freilich, noch ist nicht alles an der Oberfläche. Es rumort nur erst im Innern. Aber dieses Großen in den Tiefen läßt die baldige Eruption ahnen.“

Auch die nationalsozialistische „Hilfe“, die bis vor kurzem von den weltpolitischen Herrschern schwärzte, schreibt jetzt tief geküßt:

„Die fruchtbarste Erfahrung, was eine Geschäftskrise bedeutet, machen immer mehr Menschen am eignen Leibe, und die sozialistische Kritik an der „Unvernunft“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gewinnt wieder breiteren Boden im Bewußtsein der Menschen. Sicher wird es für uns Nationalsozialisten nötig sein, stärker als es in der Zeit der guten Konjunktur nötig war, über die Krisen und ihre theoretische Bedeutung zu sprechen. Es mag sein, daß unsre sozialistische Grundstimmung dabei wieder mehr zum Ausdruck kommt, als in der Agitation um Flotte und Kornzoll möglich war. Aber auch hier müssen wir die praktisch-politischen Folgerungen suchen, die die nationalsozialistische von der sozialdemokratischen Kritik unterscheiden.“

Die ratlose Verlegenheit ist sehr komisch. Die Herren suchen noch erst nach einer Meinung über die Krise, die „national“ geküßt ist. Aber der Fall beweist wieder einmal: Die „Realpolitiker“, die jeder Mode nachlaufen, sind die ewig Blamierten und Recht behalten die „Doktriner“.

Herr Rußland. Einen sehr deutlichen Stammbuchvers schreibt die „Münchener Post“ in die Personalakten des „wissenschaftlichen“ Karlsruher Hauptlings Rußland, indem sie das folgende Ergebnis feststellt:

„Wir beabsichtigen aber keineswegs, den schon genügend Gezeichneten weiter die öffentliche Meinung ungestraft verwirren zu lassen und stellen daher fest:

1. Unfre Mitteilung von den Bestechungsversuchen des Herrn Rußland a) bei dem Geschäftsführer der „M. Post“ im Jahre 1894, b) bei einem Gewerkschaftsführer einige Jahre später, sind absolut richtig und durch einwandfreie Zeugen gestützt.

2. Die sämtlichen Verurteilungen des Dr. Rußland qualifizieren sich entweder als erbärmliche Ausflüchte oder als freche Lügen.

Und wie erwarten, daß der „wissenschaftliche“ Agent des Bundes der Landwirte und Schlingling des Münchener führenden Centrumsorgans, wenn anders er noch einen Funken Ehrgefühl besitzt, hieraus die nötigen Konsequenzen zieht.“

Der „Funken“ ist eben bisweilen einigermassen schwierig zu berechnen.

Centrum und Ministerwechsel in Baden. Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Die Haltung, die das badische Centrum nach dem vor einigen Tagen erfolgten Ministerwechsel der Regierung gegenüber einnimmt, ist außerordentlich bezeichnend für die Art und Weise, wie diese Partei ihre Aufgabe als Vertreterin der Interessen des Volks aufsaßt. Allenfalls, selbst in den Reihen der Nationalliberalen, die, wenn dazu auch nur der geringste Anlaß vorhanden gewesen wäre, das neue Ministerium v. Brauer mit Freuden für sich reklamiert hätten, herrscht die Auffassung vor, daß der Ministerwechsel eine Schwelung der Regierung nach rechts bedeute, deren Beginn schon von der im vorigen Jahre erfolgten Berufung des „konservativ angehauchten“ Herrn Schenkel an die Spitze des Ministeriums des Innern datiere. Diese Auffassung fand ihre Bekräftigung in dem Jubel, mit dem die Veränderung in den obersten Stellen unserer Regierung seitens der Konservativen begrüßt wurde, in deren Presse die Hoffnung auf einen endgültigen Bruch der Regierung mit den liberalen Traditionen der letzten Jahrzehnte unverhohlenen Ausdruck fand.

Scheldet doch mit Staatsminister Dr. Koll — so äußerte sich dieser Tage das offizielle Parteiorgan der Konservativen des Landes, die „Badische Post“, zum Ministerwechsel — das letzte Mitglied aus der Schule Jollys aus dem Staatsministerium aus, in dem er sich übrigens große Verdienste erworben hat — unvergessen sei ihm auch die Vernichtung eines positiven Theologieprofessors nach Heidelberg — und der neue leitende Staatsminister v. Brauer besitzt aus der Zeit, da er unter Fürst Bismarck in Berlin arbeitete, ein großes Verständnis für konservative Bestrebungen. . . . Dazu kommt, daß das neue Mitglied des Staatsministeriums ohne Portfeuille, Geh. Rat Reinhard, als treuer Katholik aus Ueberzeugung die Eigenschaften besitzt, dahin zu wirken, daß der Schwerpunkt des Centrums nach rechts verschoben und damit der Einfluß des demokratisch angehauchten Wader zu Gunsten Juchters geschwächt werde. Nimmt man dazu die Thatfache, daß der erst im Spätherbst an die Spitze des Ministeriums des Innern getretene Geheimrat Dr. Schenkel ein vollbewußter Gegner demokratischer, zersetzender Bestrebungen ist, so können wir als konservative nur mit Befriedigung auf diese Veränderungen blicken.“

Die Konservativen wittern also — und das nicht ohne Grund — auch in dem einst als „liberal“ gerühmten Ministerlande Baden Morgenluft; und wenn ihr Parteiorgan in dem obigen Freudenerguß der sicheren Erwartung, daß die fortschrittlich gesinnten Volkstreue ihre Hoffnung auf Einführung des direkten „kantonalen“ Wahlrechts zum Landtage nunmehr begraben können, vorerst noch keinen Ausdruck verleiht, so unterliegt man dies lediglich aus taktischen Gründen, um die Segel der Opposition in dem Kampf um die nahe bevorstehenden Landtagswahlen nicht allzusehr zu schwellen. Ist es doch in allen mit den Anschauungen der neuen Männer bekannten Kreisen längst kein Geheimnis mehr, daß sowohl Herr v. Brauer wie Herr Schenkel entschiedene Gegner jeder demokratischen Wahlreform sind, deren Anschauungen auch von den Herren Buchenberger und v. Dusch geteilt werden.

Das alles hält die Centrumpresse nicht ab, das neue Ministerium ihres Vertrauens zu versichern und die wilden Fanfaren, mit denen sie noch vor wenigen Wochen in den Wahlkampf ausgezogen war, jetzt in verächtliche Chomaden abzumampfen. Man darf von dem neuen Ministerium eben einige Konzessionen an seine kirchenpolitischen Forderungen einzubekommen, und wir kennen in badischen Centrum Leute genug — und zwar sehr einflussreiche Leute — die um das Vorkommen einiger Klöster und Orden das direkte Wahlrecht zum Landtag mit Freuden in Kauf nehmen würden. Wie im Reichstag das Centrum bei den Entscheidungen über die großen Militärs- und Marinevorlagen wie in den wichtigsten Fragen der Sozialpolitik jedesmal zum Verräter an den Volksinteressen wurde, um um die Regierung seinen kirchenpolitischen Wünschen geneigter zu machen, so schickt es

sich jetzt auch in Baden an, die Fahne der Kämpfer um ein völkertümliches und social gerechtes Wahlrecht zu verlassen und sich mit den Feinden desselben gegen seine bisherigen Kampfgenossen zu vereinigen.

Bereits suchten seine Führer da und dort Abmachungen mit den Nationalliberalen zu treffen, um den Sieg der radikalen Opposition zu verhindern. Mit dieser Taktik werden sie aber die böse Erfahrung machen, daß die Wählermassen im Volke ihnen den Geforsam verweigern. Diesen fehlt der Geschmack an den getwendeten Schlägen der offiziellen Centrumsdiplomatie, und wenn irgendwo, so kann man in unserem mehr demokratischen Süden sagen, das Centrum werde eine Volkspartei sein oder es werde nicht sein.

Die Socialdemokratie kann der weiteren Entwicklung dieser Dinge stillschweigend zusehen. Je mehr die Bevölkerung zu der Ueberzeugung kommt, daß die fortschrittlichen und demokratischen Forderungen des Volkes in ihr allein eine entschiedene und zuverlässige Verteidigerin finden, desto günstiger wird sich unsre Position in den bevorstehenden Wahlkämpfen gestalten. —

Ausland.

Konstantinopel pestverseucht.

Die Pest hat sich in der Hauptstadt des osmanischen Reichs berart eingenistet, daß von den verschiedensten Staaten Konstantinopel für pestverseucht erklärt und Quarantänemaßnahmen für Herkünfte aus Konstantinopel teils erst verhängt, teils schon bestehende Maßnahmen verschärft worden sind.

Es liegen darüber folgende Telegramme vor:
Petersburg, 7. Juli. Die Kommission zur Verhütung und Bekämpfung der Pestepidemie erklärte Konstantinopel für pestverseucht.

Sofia, 6. Juli. Die Quarantänemaßnahmen wurden verschärft. Der Eintritt der Reisenden aus der Türkei ist auf die Stationen Hebrischewo und Burgas beschränkt. Auch der Orient-Expreszug wird der Quarantäne unterworfen.

Konstantinopel, 7. Juli. Da die Quarantäne bei Hebrischewo auch auf die Reisenden des Orient-Expreszuges ausgedehnt wurde, wird derselbe seine Fahrten von morgen ab einstellen.

Sofia, 7. Juli. Der Eintritt von Reisenden aus der Türkei, die von der bulgarischen Regierung laut Verfügung vom 6. Juli für pestverseucht erklärt ist, darf außer in Hebrischewo und Burgas nicht in Jaribrod stattfinden. Sämtliche Reisende, auch die des Orient-Expreszuges, haben sich einer eiltägigen Quarantäne zu unterwerfen.

Bukarest, 8. Juli. Infolge der neuerlichen Pestfälle in Konstantinopel wurde in Sulina für alle Herkünfte aus Konstantinopel eine vier tägige Quarantäne angeordnet. Die Häfen Constanza und Mangalia wurden für alle Schiffe mit Ausnahme der Dampfer der rumänischen Seebeförderung gesperrt. Die letzteren werden einer 24-stündigen Beobachtung in Constanza unterzogen.

Es wäre sehr an der Zeit, daß auch die übrigen Staaten Vorsichtsmaßregeln gegen den unheimlichen Gast ergreifen und auch über die aus oder über Konstantinopel kommenden Schiffe die Quarantäne verhängen. —

Der industrielle Aufschwung der Südstaaten der Union.

New York, 20. Juni. (Fig. Ver.) Seit Entdeckung der großen Petroleumlager in Texas ist das Thema der industriellen Entwicklung des Südens noch lebhafter und häufiger erörtert worden, wie es schon bisher der Fall gewesen, und zwar bezieht sich dies in erster Linie auf die Entwicklung in den Südstaaten und Territorien, da in den mittleren Südstaaten Alabama, Arkansas und Tennessee, sowie dem südöstlichen Staat West-Virginia, besonders in ersterem und letzterem, mächtige Kohlenfelder vorhanden sind, während in andern über reichliche und stetige Wasserkraft zur Anlage elektrischer Werke verfügt werden kann.

Wie sehr die Südstaaten bis noch vor einem Jahrzehnt in der industriellen Entwicklung hinter den nördlichen Staaten zurück waren, kann man daran ersehen, daß — nach dem vorigen Census — im Jahre 1890 das in der Industrie des einzigen Staates Massachusetts angelegte Kapital beinahe demjenigen sämtlicher vierzehn Südstaaten gleichkam, nämlich mit 600 gegen 667 Millionen Dollar, während der Wert der erzeugten Produkte 880 gegen 876 Millionen Dollar betrug. Massachusetts hatte damals 2 250 000 Einwohner, während die Südstaaten deren über 20 Millionen zählten.

Ueber den jetzigen Stand der Dinge liegen noch keine Zahlen vor, da die bisher veröffentlichten Arbeiten der Censurbehörde sich nur über die Bevölkerungsverhältnisse erstrecken. Den größten Anteil an der im vorstehenden Jahrzehnt stattgefundenen industriellen Entwicklung hat die Baumwollstoff-Industrie in den südöstlichen Staaten, indessen hat sie in den letzten Jahren auch in einer Anzahl anderer Industrien stattgefunden, wobei besonders die Anwendung der Wasserkraft für elektrische Betriebskraft eine Rolle spielte. Eine nicht minder großartige Entwicklung nahm die Eisen- und Stahl-Industrie Alabamas, die sich freilich einstweilen auf die Stadt Birmingham und Umgebung beschränkt. Diese Stadt wird als das zukünftige „Pittsburg des Südens“ bezeichnet, da sich in ihrer nächsten Nachbarschaft unermessliche Eisenerz- und Kohlenlager befinden, während die Nähe zur Anlage von Häfen günstig gelegene Vorstädte aufweist, so daß für den zukünftigen Handel mit den südamerikanischen Ländern die vorteilhafteste Situation geboten ist.

Mit der rapiden industriellen Entwicklung der Südstaaten wird auch die Lösung einer Frage näher gerückt, welche bisher noch eine sehr hindernde Rolle in der Entwicklung nach anderen Richtungen gespielt hat: die Massenfrage. Obwohl die Vermehrung der Bevölkerung nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wurde, infolge der größeren Sterblichkeitsrate hinter derjenigen der weißen Bevölkerung zurückgeblieben ist (weil andererseits die Zahl der Geburten größer war), so wird sie doch immer weniger ins Gewicht fallen, je schneller und in größerem Umfange die industrielle Entwicklung vor sich geht, für welche die benötigten Arbeitskräfte durch Zugang aus den Nordstaaten, resp. dem Ausland beschafft werden müssen. Und wenn auch die Regier in manchen Industrien Verwendung finden können, für die meisten derselben ist es nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht der Fall; ihr Hauptarbeitsfeld wird also die Landwirtschaft bleiben, und da auch diese in Verbindung mit der industriellen Entwicklung an Umfang gewinnen wird (und doch, besonders im Südwesten, ungeheure Flächen noch nicht in Kultur genommen, sondern als Weideplätze für die Riesenherden der Viehzüchter benutzt), so ist voranzusetzen, daß die Regierbevölkerung in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum über ein solch großes Terrain verstreut sein wird, daß sie — gleichwie in den Nordstaaten — keinen Anlaß zum „Rassenhaß“ mehr geben kann, der doch im Grunde nichts andres wie „Rattenerei“ ist! —

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Juli. Die von den czechischen Blättern in Umlauf gesetzten Gerüchte von einer bevorstehenden Rekonstruktion des Kabinetts werden unterkritischerseits als völlig unbegründet bezeichnet. Ministerpräsident v. Körber ist absolut nicht geneigt, die diesbezüglichen Wünsche der Cechen zu erfüllen, weil dadurch die ohnehin wieder sehr heikel gewordene Situation sehr verschärft würde.

Die „Montags-Zig.“ erfährt von wohlinformierter Seite, daß der Konflikt zwischen den Christlichsozialen und dem Ministerpräsidenten v. Körber dadurch entstanden ist, daß Körber sich entschieden geweigert hat, das Verlangen Zuegers, eine den antisemitischen Wünschen entsprechende Veränderung der niederösterreichischen Landtagswahl-Ordnung als Regierungsvorlage einzubringen — zu erfüllen.

Frankreich.

Paris, 5. Juli. (Fig. Ver.) Ein polizeilicher Ueberfall auf die Arbeitsschere wurde Mittwochabend ausgeführt. Im großen Versammlungssaal der Arbeitsschere sollten die Gewerkschaftsdelegierten den Bericht über die Friedenskundgebung der englischen Gewerkschaften in London erstatten. Aus diesem feierlichen Anlaß wurde das Gebäude illuminiert, mit einer roten Standarte und drei roten Gewerkschaftsfahnen geschmückt, wobei auf der Standarte die umstürzlerischen Worte: „Krieg dem Kriege!“ prangten. Dieser Umstand genügte, um die Polizei zu einem Hausfriedensbruch zu veranlassen. Mit der üblichen Brutalität stürzte ein starkes Aufgebot von Polizisten in das Gebäude, um die Standarte und die Fahnen zu entfernen. Nur der Selbstbeherrschung der Arbeiter ist es zu verdanken, daß das provokatorische Gebahren der Polizei keine blutigen Folgen hatte. Es kam jedoch zu einem Handgemenge, als die Arbeiter versuchten, den Polizisten die Fahnen zu entreißen. Die brutalen Angreifer teilten Schläge aus ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Unter anderem wurde die Genossin Dammé, Frau des Secretärs des Gewerkschaftsverbandes, durch einen Faustschlag zu Boden geworfen. . . .

Soweit könnte man glauben, daß der Ueberfall nur dem Polizeipräsidenten Lépine zur Last zu legen wäre. Der nächste Tag aber hat gezeigt, daß der Ministerpräsident und die Regierung für die staatsretterische That die volle Verantwortung trägt. Nicht genug damit, daß die Regierung von sich aus an dem Ueberfall nichts auszufehen gefunden hat, wurde eine in der gestrigen Kammer Sitzung von der revolutionär-socialistischen Gruppe eingebrachte Interpellation auf Verlangen der Regierung vertagt, und zwar, da die Kammer in die Ferien geht, thatsächlich auf unbestimmte Zeit! . . .

Die Haltung der Regierung erscheint in einem besonders merkwürdigen Licht, wenn man bedenkt, daß dieselben umstürzlerischen Fahnen, die jetzt von den Fenstern der Arbeitsschere herab die republikanische Ordnung in Gefahr sehen, — im November 1890 in den Pariser Straßen unter offenem Himmel flattern durften, und das auf die ausdrückliche Erlaubnis des Polizeipräsidenten, genauer, des Kabinetts Waldeck-Rousseau hin. Freilich handelte es sich damals um eine anlässlich der Enthüllung des Standbildes „Der Triumph der Republik“ veranstaltete offizielle und populäre Kundgebung, die die Sympathien des organisierten Proletariats für die Regierung der „republikanischen Verteidigung“ darthun sollte. . . . Damals nahm die Regierung die roten Fahnen mit in den Kauf, auf die Gefahr hin, eine parlamentarische Interpellation in der Kammer bestehen zu müssen. Und diese Interpellation wurde nicht vertagt, sondern gleich am folgenden Tage von der Regierung beantwortet. Jetzt aber sind die Hüttenwachen der „republikanischen Verteidigung“ längst dahin und die roten Fahnen des Proletariats dürfen nicht einmal an den Fenstern der Arbeitsschere wehen.

Unnützlich zu sagen, daß auch der polizeiliche Ueberfall einen Konflikt zwischen den zwei sozialistischen Fraktionen veranlaßt hat. Während die ministerfreundliche Fraktion eine Anfrage an die Regierung richtete, trat die antiministerielle Fraktion, wie gesagt, mit einer Interpellation hervor. Um werden von beiden Seiten heftige Vorwürfe gewechselt. Die Anfragenden meinen, daß die Interpellation die Anfrage verhindert habe, während die Interpellanten darauf verweisen, daß eine Anfrage, bei welcher nur der Fragesteller und der Minister zum Wort kommen können und keine Abstimmung stattfindet, im gegebenen Fall unzulänglich sei.

Wie dem auch sei, die Regierung hat jedenfalls die volle Verantwortung für die eines Dupuy oder Pelaine würdige Polizeithat übernommen, ohne dem Parlament irgendwelche Erklärungen gegeben zu haben.

Paris, 8. Juli. Im Departement Lot wurde der frühere radikale Deputierte Cocula, der sich durch eifrige antilegitime Agitation bekannt gemacht, mit großer Mehrheit zum Senator gewählt. —

Mag Régis wurde, wie aus Algier gemeldet wird, mit 1285 von 1425 abgegebenen Stimmen zum Mitgliede des Generalrats gewählt. —

Belgien.

Brüssel, 8. Juli. „Petit bleu“ berichtet, daß der Abgeordnete Maenhaut den Justizminister morgen in der Kammer über die eventuelle Ausweisung De Wets, falls dieser nach Antwerpen komme, um dort einen Vortrag zu halten, interpellieren und die Regierung zu einer klaren Antwort veranlassen werde. —

Der „Courier de Bruxelles“ fordert die Regierung auf, diejenigen Socialisten, welche bei den jüngsten Meetings aufrührerische Reden gehalten haben, gerichtlich verfolgen zu lassen.

England.

Chineseneinfuhr-Verbot für fremde Schiffe. Die „Hamburghische Vörsenhalle“ meldet: Nach vorliegenden Privattelegrammen hat der gesetzgebende Rat der britischen Kolonie Straits Settlements in erster Lesung ein Gesetz beschlossen, das die Einfuhr chinesischer Deckpassagiere auf nicht-englischen Schiffen allgemein verbietet. Da eine solche die englische Schifffahrt auf Kosten der übrigen Nationen begünstigende Maßregel geeignet ist, die beteiligten deutschen Reedereien auf das empfindlichste zu schädigen, so hat die „Hamburg-Amerika-Linie“ sich an das auswärtige Amt mit der Bitte gewandt, schleunigst die erforderlichen Schritte zu thun, um zu verhindern, daß der Entwurf Gesetzeskraft erlangt.

Spanien.

Madrid, 7. Juli. Der Minister des Auswärtigen erklärt es für unbedenklich, daß eine Vereinbarung mit Deutschland betreffend die Abtretung der Insel Fernando Po bestehe. —

Im Laufe der Beratung über die Antwort auf die Thronrede brachten die Republikaner in der Deputiertenkammer einen Antrag ein, in welchem sie in der Religionsfrage Befreiung des Staatslebens von religiösen Einflüssen fordern. —

Hien.

Aus dem indischen Rosslandgebiet. Der „Times“ wird aus Simla vom 7. Juli gemeldet: Die Aussichten bezüglich des Monsuns haben sich in den letzten 48 Stunden gebessert. In Gudjehera ist Regen gefallen; auch in den Centralprovinzen und in Behar weht der Monsun und man erwartet, daß in Central-Indien und in Rajputana unverzüglich Regen fallen wird. —

Amerika.

Presseverfolgung im „freien“ Amerika. Aus New York wird gemeldet: Wegen Veröffentlichung von Karikaturen, welche den Präsidenten und den Kongreß die Freiheit des amerikanischen Volkes abschaffend darstellten, wurde das Blatt „Fris World“ beschlagnahmt. —

Zollverhandlungen. Washington, 8. Juli. (Bureau Laffan.) Die russische Regierung ließ durch ihren Geschäftsträger dem Staatsdepartement die Versicherung erteilen, sie sei gewillt, einen Zollkrieg wegen der gegenwärtigen kommerziellen Differenzen zu vermeiden. Gleichzeitig sagte die russische Regierung gründliche Erwägung der jüngsten Erklärung des Staatssekretärs John Hay zu. —

Verbot der argentinischen Nationalfeier. Wie aus Buenos Ayres telegraphisch wird, hat die Regierung aus Anlaß der Verhängung des Belagerungszustandes die für den 9. d. Mts., dem Jahrestage der Unabhängigkeitserklärung Argentiniens, geplante Nationalfeier untersagt. —

Der Boeren-Krieg.

Britische Verwundete getötet zu haben

Wiest der englische Kriegsberichterstatter Edgar Wallace in einem Krügerdorp 4. Juni datierten Briefe in der „Daily Mail“ den Boeren vor. Wallace behauptet, daß die Boeren in der Schlacht von Blagfontein viele britische Verwundete getötet hätten. Wallace schreibt:

„Was dort geschah, mag mit den Worten meines Gewährsmannes geschildert werden. Zwei Boeren, mit Martingewehren bewaffnet, schritten inmitten der Toten und Verwundeten, die in jeder denkbaren Haltung auf dem Boden umherlagen. Einige drehten sie um, um zu sehen, ob sie tot seien. Waren sie es nicht, so erschoss sie der eine oder der andre der Boeren in der kaltsblütigsten Weise. Ich sah, wie in dieser Art vier Briten getötet wurden. Ein leichtverwundeter Sergeant tadelte einen verwundeten Offizier mit einem Tische. In diesem Augenblicke wurden beide von einem dritten Boeren vor sich erschossen. Ein blutjunger Mensch, wenn ich nicht irre, ein Neuman, hat lebendig im sein Leben. Ich hörte, wie er ausrief: „Um Christi willen, tötet mich nicht!“ Aber schon trachte der Schuß, der ihm den Garau machte. „Daily Mail“ zweifelt nicht, daß dieser Bericht in der ganzen zivilisierten Welt Entsetzen und schmerzliche Ueberraschung verursachen werde.“

Aussehen wird der Bericht allerdings erregen, aber mit dem Entsetzen wird es nicht so schlimm sein, da der Vorwurf, der den Boeren von dem Kriegskorrespondenten gemacht wird, ganz ungenügend und ungläubhaft klingt.

Hätten die Boeren sich wirklich derartige Verfehlungen zu Schulden kommen lassen, so würde Lord Kitchener selbst längst seine entrüstete Anklage erhoben und es nicht dem Kriegskorrespondenten der „Daily Mail“ überlassen haben, die Boeren vor das Forum der Öffentlichkeit zu ziehen. Wallace ist jedenfalls von Schwindlern belogen worden. Das ist unso wahrscheinlich, als den Boeren bisher stets von den in ihre Gewalt gefallenen Afrikanern die relativ größte Humanität nachgerühmt werden mußte, während die Boeren ihrerseits von den Engländern vielfach eine sehr schlechte Behandlung erfuhren. So lange daher die furchtbare Anklage sich nur auf das Zeugnis der Gewährsmänner der „Daily Mail“ stützt, haben wir alle Ursache, die behaupteten Gräueltaten als müssige Fabeln, wo nicht bössartige Verleumdungen zu betrachten.

Botha denkt nicht an Unterwerfung.

Aus dem Haag wird gemeldet: Der Wortlaut der Depeschen, welche zwischen dem Präsidenten Krüger und Louis Botha gewechselt sind, wird jetzt bekannt gegeben. Er besteht aus elf Depeschen, welche eine vollständige Übereinstimmung der Anschauungen Krügers mit denen Bothas ergeben. Botha erklärt in der ersten Depesche, nicht eher die Waffen niederzulegen, bis England die vollständige Unabhängigkeit der Boeren anerkennt. Aus den Depeschen ist auch ersichtlich, daß Kitchener, nicht Botha die Initiative zum Depeschenwechsel gegeben hat.

Scharmügel.

Aus Bloemfontein wird gemeldet: Die Polizeiposten sind längs der Eisenbahn in kurzen Zwischenräumen aufgestellt. Mehr und mehr wird die Gegend von den Boeren gefährdet. Einigen Boerenkommandos fehlt es an Munition.

Nach einer Meldung aus Pretoria überraschte Oberst Greenfell in den Waterbergen ein Boerenlager unter dem Feldcornet Vaier und machte 91 Gefangene.

Aus Middelburg wird gemeldet: Das Kommando van Recuan, welches sich in den Zuurbergen befindet, ist von den Engländern zweimal angegriffen worden und mußte sich nach nordwestlicher Richtung zurückziehen.

Englischer Kragenjammer.

Mehrere Londoner Morgenblätter veröffentlichen einen Artikel der „Investor Review“, in welchem berichtet wird, daß England infolge des Kriegs finanzielle Verluste in Höhe von 12 Milliarden erlitten hat und daß diese Verluste eine Finanzkrise nach sich ziehen werden.

Letzte Meldungen.

London, 8. Juli. (W. Z. B.) Im Unterhause teilte der Finanzsekretär des Kriegsamt, Lord Stanley, heute mit, daß während der letzten vier Monate insgesamt etwa 8000 Boeren getötet, verwundet oder gefangen genommen sind, und daß sich in dieser Zeit rund 251 000 Mann britische Truppen in Südafrika befunden haben, darunter 14 000 Kranke.

Die Zahlen dürften auf Richtigkeit keinen Anspruch machen. Wenn die Zahl der gefallenen Boeren ebenso übertrieben ist, wie die Zahl der angeblich in Südafrika weilenden englischen Truppen, so kann man getrost die Hälfte abziehen. Die Zahl der Kranken dürfte hinwiederum viel zu niedrig gegriffen sein.

London, 8. Juli. (W. Z. B.) Die Abendblätter melden: Der Boeren-Kommandant Scheepers rückte heute in Marzaburg ein, das ohne Garnison war, und brannte die öffentlichen sowie verschiedene private Gebäude nieder.

Partei-Nachrichten.

Die Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Großherzogtums Hessen, die am Sonntag, den 7. Juli, im „Soalbad“ zu Offenbach tagte, war von ca. 100 Gemeindevertretern und Vertrauensleuten derjenigen Orte, die noch keine sozialdemokratischen Gemeindeverbände haben, besucht. Der Zweck der Konferenz war die Aufstellung eines Kommunalprogramms, das der am 1. September stattfindenden Landeskonferenz der Sozialdemokratie Hessens zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Zu diesem Zweck hatte das Landeskomitee einen Programmentwurf vorgelegt, der sich dem schon für den Kreis Offenbach-Dieburg geltenden Kommunalprogramm eng anschließt; außerdem hatte aber Gen. Friedberg Mainz ebenfalls einen Entwurf eingebracht, der eine noch eingehendere Detaillierung des ersten Entwurfs darbot. Genosse Ulrich erwähnte in seinem Referat über das Programm, daß beim Landeskomitee das Vorhandensein von 7 sozialdemokratischen Gemeindevertretern aus dem Kreise Mainz, 20 aus dem Kreise Gießen, 39 aus dem Kreise Darmstadt und 66 aus dem Kreise Offenbach angemeldet worden sei. Somit betonte er, daß das aufzustellende Programm durchaus keine Schablonisierung des Verhaltens heftiger Gemeindevertreter bezwecken könne, sondern nur eine Richtschnur bilden solle für das Wirken derselben im allgemeinen, um hier und da vorhandene Unklarheiten zu beseitigen und Mißverständnisse vorzubeugen. Ganz unumgänglich sei es natürlich, bei der Berücksichtigung der Verhältnisse in den Stadt- und Landgemeinden für alle Fälle Vorzüge zu treffen. Auf Grund des so erstellenden Programms müßten dann die Genossen selbst ihre Tätigkeit in den Gemeindeverbänden einrichten. Abgesehen von der Besprechung einzelner Forderungen des Entwurfs dreht sich in der Hauptsache die Aussprache um folgenden Antrag des Genossen Cramer-Darmstadt:

„Die sozialdemokratische Partei des Landes hat keine Ursache mehr, sich der Ausübung des Wahlrechts zu dem Bürgermeistern und Beigeordnetenamt zu enthalten. Es ist deshalb im Entwurf die Beteiligung an diesen Wahlen unter der Voraussetzung, daß nur ständige prinzipienfeste Männer zum Kandidaten bestimmt werden, auszusprechen und bei der nächsten Landeskonferenz die Aufhebung des sog. Mainzer Beschlusses zu beantragen.“

Der Antragsteller betonte, daß sich die Partei bei ihrer zunehmenden Ausdehnung auch weitere Ziele zu setzen habe und daß man die Regierung einmal ernstlich vor die Alternative der Bestätigung eines sozialdemokratischen Bürgermeisters oder Beigeordneten stellen solle. Vor allem würde aber durch die Auf-

hebung des Mainzer Beschlusses, der die Beteiligung an diesen Wahlen und die offizielle Agitation für diesen oder jenen Kandidaten wegen der voraussichtlichen Nichtbestätigung des Gewählten von Partei wegen unterlagte und es den einzelnen Genossen überließ, ob sie sich privatim an den Wahlen beteiligen wollen oder nicht, viel Gader und fogar Organisationsstörungen in Parteikreisen verhindert. Mit wenigen Ausnahmen sprach man sich für den Cramer'schen Antrag aus, der dann auch angenommen wurde.

Erwähnt sei aus der Debatte die Mitteilung eines Genossen, daß in Kellertoch ein ausgesprochener Sozialdemokrat die Bestätigung seitens der Regierung erhalten habe. Während der Entwurf Friedbergs wenig Gegenliebe fand, wurde dem Entwurf des Landeskomitees mit einigen Zusätzen resp. Veränderungen, die vom Genossen Tiefel im Auftrage der Mainzer Genossen beantragt und begründet worden waren, zugestimmt. Im großen und ganzen enthält dieser Entwurf die schon in anderen sächsischen Landesstellen aufgestellten bekannten Forderungen, so daß wie eine Spezialisierung unterlassen können. Eine beantragte Kommentierung dieses Entwurfs wurde abgelehnt.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen; jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir ersuchen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung und rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

- Arbeitersekretariate bestehen in:
- Altenburg (S.-A.), Unterm Schlosse 1.
 - Aitona, Große Poststr. 204, 1.
 - Berlin SO., Engel-Allee 15.
 - Beuthen (O.-S.), Schleichhausstr. 6.
 - Bremen, Osterhorststr. 26 I.
 - Breslau, Messergasse 18/19 I.
 - Darmstadt, Elisabethstr. 31.
 - Franfurt a. M., Säurergasse 45 I.
 - Freiburg i. B., Engelbergerstr. 9 I.
 - Gera, Hospitalstr. 21 I.
 - Halle a. S., Gellstr. 21.
 - Hamburg, Pferdemarkt 23 II.
 - Hannover, Leinestr. 17.
 - Hildesheim, Judenstr. 6.
 - Hohenlimburg, Schulstr. 10.
 - Jena, Saalhausstr. 3.
 - Kiel, Goststr. 24 part.
 - Köln a. Rh., Poststr. 60.
 - Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
 - Leipzig, Johannstr. 46, part.
 - Mannheim, S. 3, 10.
 - Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
 - München, Bartholomäusplatz 6.
 - Münster, Geydendyplatz 22.
 - Posen, Reinhardinerplatz 4.
 - Striegau, Jägerstraße.
 - Stuttgart, Schillerstr. 17/19.
 - Tübingen, Schaffhäuserstr. 24.
 - Waldenburg, Schl. Töpferstr. 1.
- Berlin, den 6. Juli 1901.

Der Parteivorstand.

Kreuzbergstr. 30.

Eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter des östlichen Westfalens und der sippischen Fürstentümer, die in Bielefeld tagte, nahm nach einem Vortrage des Redakteurs Hoffmann einstimmig folgende von Schumann beantragte Resolution zum Submissionszweck an:

1. den sozialdemokratischen Gemeindevertretern zu empfehlen, in ihren Kommunen dahin zu wirken, daß in den Verträgen bei Vergabung von Gemeindearbeiten und Lieferungen der Unternehmer vertragsmäßig verpflichtet wird, die Arbeiter zu den Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, welche zwischen den beteiligten Organisationen festgesetzt oder ordentlich sind; 2. bei etwaigen Lohnbewegungen der Arbeiter der mit Gemeindearbeiten und Lieferungen betrauten Unternehmer darf letzteren ein Aufschlag der Lieferungspreisen nicht gewährt werden; 3. die Mitglieder der Gemeinde-Vertretungen sind von den Submissionen ausgeschlossen.“
- Eine längere Debatte rief die Erwerbung und Veräußerung von Gemeindegeld hervor. Allgemein wurde der Aufsicht Ausdruck gegeben, daß Gemeindegeld nach Möglichkeit nicht veräußert, sondern, soweit es angingig ist, im allgemeinen Interesse, so zum Bau von Arbeiterwohnungen, verwendet werden müsse. Vor allen Dingen diese die Gemeinde mit ihrem Besitz keine Spekulationen betreiben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Mittwochabend 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in Habels Brauerei, Bergmannstr. 57. Tagesordnung: Vortrag des Genossen F. Jubel über die Stadtverordnetenwahlen. 2. Diskussion, 3. Partei-Angelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Achtung, VI. Wahlkreis. Den Gesangsvereinen, welche sich bereit erklärt haben, bei dem am Sonntag, den 14. Juli, im Schloß Weihensee stattfindenden Sommerfest des VI. Wahlkreises mitzuwirken, zur Nachricht, daß die Gesangsprobe am Sonnabend, den 13. Juli, abends 8 Uhr, in Raabes Salon, Kolbergerstr. 23, stattfindet. Gesungen werden die Lieder: 1. Festgesang von Ullmann. 2. Es grünet und blüht. 3. Empor zum Licht. 4. Der Menschheit Erwachen. 5. Freiheit. 6. Marx'Waise. Um zahlreiche Beteiligung bittet das Komitee.

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde. Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal Chausseestraße 104. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion, Berichterstattung von der Generalversammlung des Central-Wahlvereins.

Lichtenberg-Friedrichsberg-Wilhelmsberg. In Sachen der Wohnungsfrage findet heute, Dienstag, eine Flugblattverbreitung über das ganze Gemeindegebiet statt. Alle Parteigenossen und Genossinnen, im Besonderen die Wahlvereinsmitglieder, müssen sich um 8 Uhr in den bekannten Bezirkslokalen einfinden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter Berlin! Die Tabakarbeiter in Nordhausen stehen immer noch im Kampf gegen die unverschämten Zumutungen eines häßlichen Fabrikantentums. Zwar haben bereits vier Firmen den Schiedspruch des Einigungsamts anerkannt und die Arbeiter wieder eingestellt, gegen die übrigen acht Nordhäuser Fabrikanten muß der Kampf jedoch mit aller Energie weitergeführt werden, bis auch diese einen ehelichen Frieden mit den Arbeitern schließen und den Schiedspruch anerkennen.

Arbeiter Berlin! Unterstützt diesen Prinzipienkampf für die Anerkennung des Koalitionsrechts! Sorgt dafür, daß kein Arbeiter Kantabak kauft, der aus einer boykottierten Fabrik stammt.

Kleine Mitteilungen. Die Maurer der Vertrauensmänner-Centralisation beschloßen am 4. Juli, die Beiträge zum Streikfonds für die Woche vom 8. bis 14. Juli auf 50 Pf. zu erhöhen. Der Verein der Tischler Berlin und Umgegend beschloß, daß vom August an regelmäßig Morgenpredigten in allen Bezirken und Vororten zum Zweck der besseren Agitation und Auf-

klärung der Mitglieder stattfinden sollen. Ferner wurde bestimmt, daß sämtliche Lohnabzüge sofort den Ableitern zu melden sind.

Deutsches Reich.

Die organisierten Fleischergehilfen, und zwar die freie Gewerkschaft sowohl wie auch die christliche Organisation sind, jede für sich, mit Forderungen an den Deutschen Fleischermeister-Verband herantreten, die dem Verbandstag der Meister, der Mitte Juli in Kostock tagt, unterbreitet werden und die dort eventuell von Befehlens-Vertretern begründet werden sollen. Das Verlangen der freien Gewerkschaft, des Centralverbands der Fleischer und Berufsgehilfen Deutschlands, umfaßt die Regelung der Arbeitsvermittlung, des Lehrlings- und Herbergswezens, die Durchführung der 11stündigen Arbeitspause, einer 12stündigen täglichen Arbeitszeit, einständiger Mittagspause und Begabung der Ueberstunden, die Durchführung der gesetzlichen Sonntagsruhe, Freigabe der ersten Feiertage an den hohen Festen und Abschaffung der Sonntagskündigung und Entlassung. Die christliche Organisation, der Bund der Fleischergehilfen Deutschlands, hat sich auf weniger Forderungen beschränkt. Ihr Vertreter ist zur Vorstandssitzung des Meister-Verbands geladen worden, um die Wünsche der Gefellen zu begründen. Auf eine Diskussion über diese Angelegenheiten haben sich jedoch die Meister-Vertreter nicht eingelassen, sie wollen vielmehr nach Abhaltung des Verbandstags eine schriftliche Antwort geben. Mit dem „socialdemokratischen“ Centralverband wird man überhaupt keine Verhandlungen pflegen, so wünscht es wenigstens das Sprachrohr eines Teils der Meister-Schaft, die „Allgem. Fleischer-Zeitung“. Ob die Meister aber damit gut fahren, muß ja die Zukunft lehren. Jedenfalls vertritt der Centralverband jetzt eine nicht zu unterschätzende Anzahl deutscher Fleischergehilfen und diese wird man wohl oder übel respektieren müssen, wenn die Meister nicht einen Kampf heraufbeschwören wollen.

Der Streik der Hamburger Kupferschmiede. Wenn auch die Unternehmer so thun, als könnten sie es noch lange im Kampf gegen die Arbeiter aushalten, so beweisen doch die Thatfachen, daß es mit der Fortführung des Betriebes, obgleich ja hin und wieder einige Arbeitswillige mit großen Opfern seitens der Betriebsleiter gewonnen werden, nur sehr mangelhaft bestell ist, und daß von einer geregelten Betätigung der vorliegenden Arbeiten erst dann die Rede sein kann, wenn die Unternehmer Frieden mit den ausständigen geschlossen haben. Wie man sich jetzt behelfen muß, zeigt folgende Meldung des „Hamb. Echo“:

Auf der Werft von Blohm u. Röh wurde vor einigen Monaten der Dampfer „Kebiri“ zu Wasser gelassen und bis auf die Kupferschmiedearbeiten fertiggestellt. Die Werftfirma hat sich jetzt mit der Keederei geeinigt, daß der Dampfer nach Rotterdam geschleppt und dort die Kupferschmiedearbeiten bewerkstelligt werden sollen. In letzter Nacht sind die holländischen Schleppdampfer „Rozzee“ und „Zuidersee“ auf der Elbe angekommen und hier im Hafen eingetroffen. Diese beiden Schleppdampfer sollen den „Kebiri“, ein 5500 Tons-Schiff von 300 Fuß Länge, nach Rotterdam schleppen.

Von dem am Streik in der Harburger Gummifabrik beteiligten gewesenen Arbeitern und Arbeiterinnen sind jetzt noch 416 mit 484 Kindern anher Arbeit. An Unterstützung wurden am letzten Mittwoch 3650,50 M. gezahlt. Im ganzen sind nach dem Streik aus der Verbandsliste 11 076 M. gewährt worden. Die Harburger Arbeiter-Schaft und die Geschäftsleute haben bisher noch besten Kräften zur Unterstützung der Ausgesperrten beigetragen.

Bei der Beendigung des Streiks hatte die Fabrikleitung dem die Vermittlung führenden Bürgermeistern versprochen, die Streikenden nach Möglichkeit wieder einzustellen. Welche schimpflichen Bedingungen an die wieder in Arbeit Treitenden gestellt wurden, ist bekannt. Wie es die Fabrikleitung mit dem bezeichneten Versprechen hält, geht aus der Thatfache hervor, daß, obgleich noch so viele der ehemals Streikenden auf der Straße liegen, immer noch Arbeiterinnen durch Agenten von auswärts herangezogen werden.

Die ausständigen Steincker und Kammer in Wandbeck haben das Stadtdirektorium um Vermittlung zwischen ihnen und den Unternehmern erucht, die letzteren haben aber den Eintritt in Verhandlungen abgelehnt; sie versuchen, mit Streikbrechern, deren Anwerbung sie sich ein schönes Stüd Geld kosten lassen, die Arbeiten so gut oder schlecht es eben geht, notdürftig fertigzustellen.

Androhung der Sperre als Erpressung bestraft. Das Landgericht zu Rumburg verurteilte einen Vertreter des Tabakarbeiter-Verbands zu 14 Tagen Gefängnis — der Staatsanwalt hatte sogar 4 Wochen beantragt — weil er bei Verhandlungen, die er wegen Lohnbittens mit einem Fabrikanten zu führen hatte, die Sperre in Aussicht gestellt hat. In dieser rein gewerkschaftlichen Thätigkeit fand das Gericht den Thatbestand der Erpressung.

Wo bleibt da das den Arbeitern durch Gesetz zustehende Recht, sich mittels gemeinsamer Arbeitseinstellung besser Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, wenn man dem Unternehmer die Sperre, das heißt die Arbeitsverweigerung seitens der organisierten Arbeiter, nicht androhen darf, für den Fall, daß er gewisse Forderungen verweigert?

Ein Ausstand der Drahtzieher ist auf dem Wilhelm-Heinrichswerk in Düsseldorf ausgebrochen.

Mit drei Wochen Gefängnis bestrafte das Düsseldorf Landgericht einen Arbeiter, der gelegentlich eines Streiks nicht etwa einen Arbeitswilligen bedroht, beleidigt oder sonstwie zumahngereizt ist, sondern nur den Vater eines Streikbrechers zu überreden versucht hat, daß er seinen Sohn von der Streikbrecherei zurückhalten möge, da der Streikbruch ein Verbrechen gegen die streikenden Arbeiter sei und der arbeitswillige Sohn, wenn er seine Thätigkeit fortsetze, beschimpft werden könnte. Das Schöffengericht hatte in dieser Sache nur auf drei Tage Gefängnis erkannt, infolge Berufung der Staatsanwaltschaft erfolgte aber vor der Strafkammer die obengenannte scharfe Beurteilung.

Ausland.

Die Aussperrung der Gerberei-Arbeiter Kopenhagens ist jetzt nach etwa 14tägiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Am Freitag ist zwischen den beiden Parteien ein neues Uebereinkommen für die Dauer von zwei Jahren getroffen worden. Der Minimal-Stundenlohn beträgt danach für die Hilfsarbeiter 44 Dore (früher 31 Dore), für Gefellen 40 Dore (früher 35 Dore).

Zum Streik in der Badepfer Damenkonfektion wird gemeldet: Am 4. Juli suchte ein vom Handelsministerium abgesandter Beamter das Streiklager der Damenkonfektions-Arbeiter auf, um sich über den Streik zu informieren. Auf die Anklage der Arbeiter über die Arbeitszeit erwähnte er sie, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzuwarten, da auf die Meister keine PreSSION andgeübt werden könne. Heute zirkulierte unter den Streikenden ein Aufruf, den Streik in dieser Woche zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Einer Meldung des Wolfischen Telegraphen-Bureaus zufolge soll der Ausstand am Sonnabend beendet worden sein.

Der große Streik in Amerika. Eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der Amerikanischen Stahl- u. Eisen-Gesellschaft, der Amerikanischen Stahl-Eisen-Gesellschaft und des Vereins der Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter wird Mitte dieser Woche in Pittsburg stattfinden. Man schließt daraus, daß der Ausstand beigelegt wird.

„Streikführer“ vor einem schweizer Gericht. Im Januar 1900 war in einer Maschinenfabrik in Uzwil (Kanton St. Gallen) ein Streik ausgebrochen, der von den Fabrikanten zum Zweck der Zerstückung der Arbeiterorganisation provoziert worden war. An dem Ausstand waren 120 Arbeiter beteiligt. Die Polizei ging bei dieser Gelegenheit mit einer ganz unbegründeten Schärfe gegen die Streikenden vor und der „demokratische“ Bezirkshauptmann brachte es fertig, diesen Lohnkampf in echt putzkamerischem Geiste als Revolution und Aufruhr zu bezeichnen. Kürzlich stonden 38 der Streikenden vor Gericht. Sie sollten Hausfriedensbruch, Nötigung, Mißhandlung, Verleumdung, Freiheitsberaubung und Aufruhr begangen haben. Der Staatsanwalt wandte die größte Verabsäum-

auf, um die Auflage zu halten. Er beantragte Strafe bis zu 3 Monaten, Arbeitshaus und 10jährige Kantonsverweisung. Die Auflage stand jedoch auf so schwachen Füßen, daß das Gericht nach zweitägiger Verhandlung 22 Angeklagte freisprach, 7 derselben kamen mit Geldstrafen von 20 bis 50 Franken davon, und gegen 9 Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von 2 bis 10 Tagen, sowie Geldbußen von 20 bis 100 Franken verhängt. Die so hart geachteten Straftaten bestanden zum Teil in Prüfen und Ohrfeigen, welche an Streifbrotler ausgeübt worden waren, also Ausfälschungen, die unter gewöhnlichen Umständen mit 5 bis 20 Franken bestraft worden wären.

Man sieht hieraus, daß die arbeitswilligen Helfer der Kapitalisten auch in der „freien“ Schweiz den weitgehendsten Schutz der Justiz genießen.

Aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Vorige Woche blieben fünf Gewerkschaften: die Holzarbeiter, die Schneider, die Bauarbeiter, die Bildhauer und die Knopfdreher ihre Verbandstage in Wien ab. Bei den Holzarbeitern, Schneidern und Bildhauern, deren Verbände die Form einer losen Centralisation selbständiger Ortsvereine haben, stand die Frage der Schaffung einer streifenverbands-Centralisation im Vordergrund der Erörterungen, und es wurde auch die Durchführung derselben beschlossen.

Ueber die Stärke und die Leistungen der genannten Organisationen geben wir nach dem Bericht der Wiener „Arbeiter-Ztg.“ einige allgemein interessierende Angaben wieder:

Dem Holzarbeiter-Verband gehören 30 Ortsgruppen und 29 selbständige Verbände an. Die Zahl der Mitglieder stieg von 3587 im Jahre 1895 auf 6256 im Jahre 1900. Von der gesamten Einnahme wurden aufgewendet für Reise-Unterstützung 49 Proz., für Rechtschutz 21,94 Proz., für Agitation konnten nur 9,08 Proz. ausgegeben werden. Von 15 Lohnbewegungen, die in den beiden letzten Jahren stattfanden, erzielte 2 mit 3 ohne Erfolg.

Der Verband der Schneider zählt derzeit 35 eigene Ortsgruppen und Zahlstellen mit 1156 Mitgliedern und 37 Verbände, deren Ortsgruppen und Zahlen mit 1067 Mitgliedern, zusammen also 72 Vereinigungen mit 2223 Mitgliedern. Beim letzten Verbandstage betrug die Mitgliederzahl nicht ganz 1500. Es ergibt sich daher eine Steigerung von mehr als 700 Mitgliedern.

Um den Heimarbeitern den Beitritt zum Verband zu erleichtern, wurde eine eigene Abteilung derselben im Verband geschaffen, und die Beiträge, sowie die Unterstützungssätze dieser Abteilung den Lohnverhältnissen der Heimarbeiter angepaßt.

Die Situation des Bildhauer-Verbands ist aus folgenden Angaben ersichtlich:

In Oesterreich dürfte die Zahl der Bildhauer 1800 betragen. Davon sind 422 organisiert. In einigen Orten gehört mehr als die Hälfte der Branchenangehörigen der Organisation an. In nächster Zeit wird in Brünn eine Organisation geschaffen werden. In argem Mangel an Geldmitteln steht die Organisation der Bildhauer, deren es 490 gibt, wobei die Fachschüler noch nicht mitgerechnet sind. Der größte Teil der Gehilfen ist mehrere Monate im Jahre arbeitslos. Die Holzbildhauer werden durch die immer mehr zunehmende Heimarbeit, die besonders stark im Größeren Thal (Tirol) verbreitet ist, geschädigt. In Wien wurde vor einigen Jahren der Achtstundentag errungen, er ist aber in vielen Werkstätten wieder verloren gegangen.

Die Knopfdreher haben besonders unter der Konkurrenz häuslicher Heimarbeiter zu leiden, welche die Knopfdreherei als Nebenerwerb betreiben und die Löhne sehr stark drücken. Der Verbandstag beschloß eine Resolution des Inhalts, daß die Organisation über die Schäden der Heimarbeit Aufklärung verbreiten und dafür sorgen soll, daß die Arbeiterschaft Bestimmungen wirklich beobachtet werden.

Die Bauarbeiter verhandelten nur Angelegenheiten ohne allgemeines Interesse.

Sociales.

Vom Kölner Apothekerkrise. Angesichts des glänzenden Sieges der Kölner Krankenkassen über die Apotheker — vergleiche „Vorwärts“ Nr. 156 — ist es wohl angebracht, einmal einen Blick auf die **Kriegskosten** zu werfen, welche den Krankenkassen aus dem Kampfe erwachsen sind. Eine der beteiligten, die „vereinigte Ortskrankenkasse der Bauhandwerker, Metallarbeiter usw.“ sagt in ihrem Jahresbericht für 1900 darüber folgendes:

Für Arzneibezug aus Apotheken wurden bei 12 729 Erkrankungen im Jahre 1899 gezahlt: ... Summa 26 441,42 M., ergibt pro Erkrankungsfall 2,08 M.

Bei 14 662 Erkrankungsfällen im Jahre 1900 stellen sich die Ausgaben für Medikamente: ... Summa 27 618,65 M., ergibt pro Erkrankungsfall 1,88 M.

Rechnet man hierzu noch die Wotenslöbner und sonstigen Kosten, die durch die Bewegung entstanden, im Betrage von 2 900,36 M., auf den Erkrankungsfall 0,20 M., so entfallen auf Medikamente 2,08 Mark gegen 2,08 Mark 1899, ... also nicht mehr und nicht weniger als 1899.

Hierdurch ist der Beweis erbracht, daß die Kasse trotz dem Fortfall von 20 Proz. vom 1. April 1900 ab, und trotz den Wotenslöbner usw. nicht mehr an Medikamenten auf den Kopf ausgegeben hat, als in dem Vorjahre.

So in Köln. In Berlin liegen die Verhältnisse infolgedessen noch wesentlich günstiger, als die Krankenkassen vor dem Kampfe keinerlei Rabatt auf die Rezeptur hatten, während in Köln der Rezeptur-Rabatt 20 Proz. betrug; als ferner Kosten für Wotenslöbner usw. Hier in Berlin bisher nicht erwachsen sind. Mit der größten Ruhe und Inubersicht können also die Berliner Krankenkassen der Entwicklung ihres Kampfes entgegensehen.

Glücksbilder aus der Brotwucherära. Der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ wird aus Hohenstein-Ernstthal in Sachsen geschrieben: Bei einem Fleischer hier wird Sonnabendabend, nachdem er schon zu Bett war, stark geklopft, so daß die Frau wieder aufsteht. Da steht eine Frau auf der Straße und bittet unter Weinen um etwas Essen. Sie wolle ihre Kinder zu Bett schicken, habe ihnen aber nichts zu essen geben können und die Kinder beruhigen sich nun nicht. — Ein anderes Bild: Ein hiesiger Pfandbesitzer kommt gerade pfänden, als die Familie das Pfandmaß einnahm, das aus Kartoffeln und Salz bestand. Der Beamte legt 10 Pfennige auf den Tisch und entfernt sich wieder. Zu pfänden gab's nichts.

Der österreichische Arbeitsbeirat beschloß, im Herbst eine Enquete über das Schutzhilfsgewerbe vorzunehmen. Ebenso nahm er folgenden Antrag an:

Von der Unrentabilität der Rotwendigkeit ausgehend, über die Lage sämtlicher Bediensteten der Staats- und Privatbahnen Erhebungen zu pflegen und dieselben successive auf die Bediensteten der einzelnen Kategorien auszuweihen, wird empfohlen, vorerst eine Erhebung über die Lage aller in den Werkstätten der L. I. Staatsbahnen bediensteten Personen durchzuführen, wobei der 31. Dezember 1901 als Stichtag und das Jahr 1901 als Erhebungsperiode gelten sollen.

Der Vertreter des Eisenbahnministeriums erklärte sich namens dieser Behörde mit der Vornahme der Erhebung einverstanden.

Gewerkschaften.

Muskalischer Aus der Potsdamerstraße. Dem Ausgange eines interessanten Rechtsstreites, der zur Zeit bei der 24. Zivilkammer des Landgerichts I Schwebi, wird, besonders im Potsdamer Viertel, mit Spannung entgegengesehen. Der Hauseigentümer U. in der Potsdamerstraße betreibt in den Parterrezimmern seines Hauses ein Weinrestaurant, zu welchem ein hinter dem Hause befindlicher Garten gehört. Herr U. hat bis 2 Uhr nachts Polizei-

stunde, und so lange behnt er jetzt in der wärmeren Jahreszeit auch der Geschäftsbetriebe in dem hinteren Weingarten aus. Unmittelbar neben dem Grundstück des Herrn U. liegt die Villa des Hauseigentümers Herrn M., dessen Schlafzimmer nach jenem Weingarten hin ausgeht. Herr M. ist natürlich von der Nachbarschaft dieses Gartens nicht sehr erbaut. Er behauptet, und zwar wohl nicht mit Unrecht, daß seine eigene Nachtruhe und die seiner Mieter durch das Verhalten der Gäste des Herrn U., insbesondere durch lautes Lärmen und Singen empfindlich gestört wird. Seit Mitte Mai d. J. nun spielt eine Spieluhr, ein sogenanntes Herophon, in der Wohnung des Herrn M., allabendlich die Weihnachtsweise „Stille Nacht, heilige Nacht“. Es ist bekanntlich ein sehr schönes Lied, aber wenn es in derartig lauten Töne darin vorzukommen — und über solche soll das erwähnte Instrument verfügen — und wenn es allabendlich ununterbrochen von 9 bis 11 Uhr zu Gehör gebracht wird, so ist es unerträglich, daß es Steine erweichen und Menschen rasend machen kann. Herr U. behauptet wenigstens, daß das stundenlange Anhören dieses alten Weihnachtsliedes sowie die angeblichen Nistöne des spielenden Instruments ihn ganz erheblich in seinem Geschäftsbetriebe schädige, indem zahlreiche Gäste, hierdurch geärgert, sein Gartenlokal verlassen haben und nicht mehr wieder kommen. Gestützt auf diese Behauptungen sowie ferner darauf, daß Herr M. diese Spieluhr abschafft, und nur um ihn zu schikanieren, spielen lasse, hat er durch den Justizrat Cohn I eine einstweilige Verfügung erwirkt, wodurch dem Herrn M. unter Androhung einer Geldstrafe von 200 Mark verboten wird, auf seinem Willensgrundstück weiterhin die Spieluhr spielen zu lassen. Hiergegen hat M's Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Schöp, Widerspruch erhoben, indem er befreit, daß sein Klient für das Spielen der Spieluhr verantwortlich zu machen sei, da diese dem Portier gehöre, dem es nicht verweigert werden könne, sich in seiner Wohnung musikalische Genüsse nach seinem Geschmack zu verschaffen. Der Einspruch wird ferner darauf gestützt, daß das Spielen der Uhr die Nachbarschaft auch nicht annähernd so belästige, wie das lärmende Treiben in dem Weingarten des Herrn U., und daß sogar ein Stimmstück des Gartens dem Herrn M. in einer Anstaltsart den herzlichsten Dank für seine musikalischen Leistungen, durch welche ein von ihnen veranstaltetes Fest verschönt worden sei, ausgesprochen habe. Jetzt soll das Gericht urteilen.

Das Recht mit dem Handlungsgehilfen. Der Kaufmann Sch. hatte in rascher Aufeinanderfolge fünf Handlungsgehilfen gehabt, die sich als unehrlich erwiesen hatten. Nun entschloß er sich zu dem Schritte, eine amerikanische Kontrollkassette zum Preise von 1800 M. anzuschaffen. Gleichzeitig beauftragte er seinen Agenten mit der Beschaffung eines neuen Gehilfen. Als sich bei dem ersten der Kommissar meldete, teilte der Agent ihm mit, welche trübe Erfahrungen Sch. mit seinen bisherigen Angestellten gemacht, er möchte demselben nun endlich einmal einen brauchbaren Menschen schicken. Der Bewerber erwiderte: „Das wollen wir schon machen!“, meldete sich bei Sch. und erhielt die Stelle. Aber trotz der amerikanischen Kontrollkassette wollten die Einnahmen mit den Verkäufen nicht stimmen. Im Innern der Maschine befand sich ein Papierstreifen, auf dem durch einen feinen mechanischen Apparat jeder oben eingeworfene Betrag notiert wurde. Entweder that die Maschine nicht ihre Schuldigkeit, oder der Bediente warf weniger Geld hinein, als er sollte. Der Kaufmann Sch. beobachtete eines Tages seinen Angestellten von der Nebenstube aus durch ein Guckloch. Er bemerkte, daß der Angestellte 50 Pf. einnahm, davon 5 Pf. in den Apparat und 50 Pf. in seine Tasche steckte. Durch sofortiges Öffnen des Apparats überzeugte sich Sch., daß der Papierstreifen nur einen Zugang von 5 Pf. aufgezeichnet hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angestellten, von dem er annahm, daß er als Sohn eines Beamten eine besondere Widerstandsfähigkeit gegen die Versuchung besitze, eine Geldstrafe von 3 Wochen, während der Vertretung, Rechtsanwalt Dr. Werthner die Zurechnungsfähigkeit des Kontroll-Apparats in Zweifel zog. Der Gerichtshof hielt nur einen Fall der Unterschlagung für erwiesen und erkannte hierfür auf 50 M. Geldstrafe.

Eine Frage: Wie hoch mag das Gehalt gewesen sein, das der Kaufmann Sch. den Gehilfen gezahlt hat, mit denen er so schlechte Erfahrungen machte?

Den § 10 des alten preussischen Preussengesetzes sollte der Parteigenosse Kramer dadurch übertreten haben, daß er ohne vorherige polizeiliche Erlaubnis in einem Versammlungssaal vor dem Beginn einer Arbeiterversammlung Flugblätter verteilte. Er wurde in zweiter Instanz vom Landgericht Hirschberg zu einer Geldstrafe von 3 M. verurteilt. Das Gericht nahm an, daß es sich hier um eine Verteilung von Druckschriften an einem öffentlichen Orte im Sinne des § 10 handle. Wahrscheinlich wäre, daß zu der Versammlung jedermann Zutritt gehabt habe, so daß der Saal zur fraglichen Zeit ein öffentlicher Ort gewesen sei. Für den Angeklagten legte Rechtsanwalt Heinemann eine Revision ein und machte geltend, daß Verteilen von Druckschriften in einem geschlossenen Raum, und solcher sei der Saal, werde nicht von § 10 des preussischen Preussengesetzes betroffen. A. hätte einer polizeilichen Erlaubnis nicht bedurft und mühe freigesprochen werden.

Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Verurteilung auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Die Revision sei begründet. Zunächst sei § 10 des preussischen Preussengesetzes nur noch insoweit rechtsbeständig, als Bekanntmachungen, Plakate und Aufrufe in Betracht kämen. In dieser Beziehung sei er durch das Reichs-Preussengesetz abgeändert worden. Der Vorderrichter hätte also feststellen müssen, ob es sich im vorliegenden Fall bei den verteilten Druckschriften um Plakate, Aufrufe oder Bekanntmachungen handelte. Außerdem sei vom Landgericht § 43 Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung nicht beachtet worden, wonach es zum nicht-gewerbmäßigen Verteilen von Druckschriften in geschlossenen Räumen einer polizeilichen Erlaubnis überhaupt nicht bedürfe. Eine Freisprechung könne, wenn auch der Saal ein geschlossener Raum im Sinne dieser Bestimmung sei, indessen noch nicht erfolgen. Denn wenn A. die Flugblätter, in denen zur Beteiligung an den Gewerbergericht's-Wahlen aufgefordert wurde, gewerbmäßig verteilt hätte, dann wäre er zu verurteilen. Das Landgericht müsse die Sache nach dieser Richtung hin nachprüfen und je nach seinen neuen Feststellungen entscheiden.

Vereinsgesetz und Gastwirtsobligationen. In einer Versammlung der Eisenbahner Magdeburgs, die beim Gastwirt Königstadt stattfand, war über den Kohlenstreik in Böhmen und über die Wohnungsverhältnisse des Proletariats gesprochen worden. Der überwachende Beamte sah das als eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten an und löste die bei der Polizei nicht angemeldete Versammlung auf. Wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes wurden dann der Gastwirt Königstadt als derjenige, der den Raum hergegeben habe, die Arbeiter Friebeel als Einberufer und Voventatler als Medner angeklagt und auch in zweiter Instanz zu Geldstrafen von je 30 M. verurteilt. Das Landgericht hielt sich festgesetzt, daß von vornherein bezweckt gewesen sei, in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. In den Urteilsgründen wurde unter anderem ausgeführt: Königstadt hätte für die Unrechtheit polizeilich angemeldete Versammlung seinen Saal nicht hergeben dürfen. Er könne sich nicht damit entschuldigen, daß zwei Eisenbahnarbeiter den Raum bestellt hätten und daß er geglaubt habe, es handle sich nur um eine Versammlung der Arbeiter der Eisenbahnwerkstatt. Er hätte die Leute zum mindesten nach dem Zweck der Versammlung fragen und sich eventuell die Vereinigung der polizeilichen Anmeldung vorlegen lassen müssen. Auf jeden Fall sei ihm Fahrlässigkeit vorzuwerfen. Und Friebeel müsse als Einberufer bezw. als Mit-einberufer gelten, denn er habe eine Anzahl Leute zu der Versammlung eingeladen. Das genüge, um auf ihn die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes anzuwenden. — Das Kammergericht hat nun jetzt die Revision des Angeklagten mit der Begründung zurückgewiesen, daß der Vorderrichter ohne Rechtsirrtum angenommen habe, daß in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten erörtert

worden seien und erörtert werden sollen. Auch habe das Landgericht mit Bezug auf Königstadt den Begriff der Fahrlässigkeit nicht anerkannt.

Die Rückkehr der China-Mannschaften

soll nach dem vorgezeichneten Reiseplane bis zum 20. Oktober vollendet sein. Die einzelnen Transporte werden in Bremerhaven in folgender Weise eintreffen:

Am 23. Juli mit dem Dampfer „Hamburg“ 609 Mann, am 6. August mit „Sachsen“ 308 Mann, am 8. August mit „Arkadia“ 630, mit „Gera“ 556 und „Palatia“ 1848 Mann, am 20. August mit „Kantschow“ 692 Mann, am 3. September mit „Bayer“ 312 Mann, am 14. September mit „Dresden“ 1018 Mann, am 17. September mit „Stuttgart“ 304 und „Catalia“ 2286 Mann, am 25. September mit „Redar“ 2140 Mann, am 28. September mit „Wisa“ 1028 Mann, am 1. Oktober mit „König Albert“ 624 Mann, am 2. September mit „Silvia“ 1086 Mann, am 5. Oktober mit „Alisia“ 87 Mann, am 12. resp. 18. Oktober mit Tucuman 1038 Mann, mit „Prinzessin Irene“ am 15. Oktober und am 29. Oktober mit „Prinz Heinrich“ eventuell noch weitere 650, resp. 240 Mann.

Nach China gehen als Ersatzmannschaften für die „asiatische Besatzungsbrigade“, wie unsere neue Kolonialarmee sich offiziell nennt, am 15. August mit „Dahla“ 884 und mit „Wittels“ 604 Mann aus dem deutschen Hafen ab.

Ueber Vogerfreundlichkeit der Regierung

ragt ein Telegramm des Bureau Laffan aus Peking:

„Mehrere hundert hier eingetroffene Edikte verfügen die Bestrafung einiger Beamten wegen Verübung von Verbrechen gegen Ausländer, dagegen befahlen andere Edikte die Beförderung und Lohnerhöhung derjenigen, welche den Ausländern Widerstand leisteten. Fremdenfeinde werden durch diese Edikte in Keim eingesezt und eine außerordentlich große Zahl von Auszeichnungen wird Zivilbeamten sowie Militärs zu Teil, die beim Angriff auf Ausländer den Tod fanden. Die Familien der Gefallenen werden in gleicher Weise geehrt und die Toten der letzteren gepriesen. Auf diese Art zeigt der chinesische Hof, daß er noch immer der Aufschauung huldigt, die Bekämpfung der Fremden sei ein patriotisches Werk. Der Fortschrittspartei angehörende Beamte sind im Zweifel darüber, welche Behandlung sie nach dem Wiedereintreffen des Hofes in Peking zu gewärtigen haben.“

Wenn der chinesische Hof alle Beamten, die der fremdenfeindlichen Bewegung Vorschub geleistet haben, in Acht und Bann erklären und sie der Fahigkeit, ein Amt zu bekleiden, verlustig erklären wollte, so würden ihm nicht mehr diese Personen übrig bleiben. Man sollte doch nicht länger die Thatfache zu verhehlen suchen, daß die „Vogerbewegung“ in den von ihr ergriffenen Provinzen so ziemlich von allen Chinesen unterstützt und gefördert wurde. Die Regierung würde sich unmöglich machen, wenn sie dieser Tatsache nicht die gebührende Rechnung tragen wollte. Zum Glück scheint denn auch keine der Mächte mehr Lust zu haben, ihre Finger nochmals ins Feuer zu stecken. —

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Zhielen über die Kanalvorlage.

Coblenz, 8. Juli. (W. Z. V.) Aus Anlaß des Jubiläums der Rheinrom-Bauverwaltung fand ein Festmahl statt, bei welchem Minister v. Zhielen in einem Trinkspruch sagte, sein Standpunkt zur Wasserstraßen-Vorlage sei bekannt. Er werde Gelegenheit haben, ihn in der nächsten Landtags-Session wie bisher zu vertreten.

Die Pest.

Bukarest, 8. Juli. (Medung des Wiener L. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Infolge neuerlicher Vorfälle in Konstantinopel ist die Quarantäne in Sulina auf 6 Tage erhöht worden. Die Häfen Constanza und Mangalia sind geschlossen. Der rumänische Schiffschuttsdienst nach Constanza ist ganz eingestellt.

Marseille, 8. Juli. (W. Z. V.) Nachdem der aus Ostafrika gekommene Postdampfer „Kos“ bereits in Port Said einen an Pest erkrankten arabischen Heizer gelandet hatte, kamen unter den arabischen Heizern des Dampfers auf der Fahrt von Port Said nach Marseille fünfzehn weitere Vorfälle zum Ausbruch. Diese Kranken wurden in Le-Frioult (Montemurillon) gelandet; einer von diesen ist gestern Abend, ein anderer heute vormittag gestorben. Die Passagiere und die Schiffsmannschaft sind von der Krankheit nicht ergriffen. Während des gestrigen Tages wurden von dem Sanitätsdienst die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um alle Passagiere, an Zahl 317, in Le-Frioult unterzubringen; die Landung derselben erfolgt heute. Kerkelches und Pflanzepolizei ist zur Stelle. Eine zehntägige Quarantäne ist angeordnet worden, dieselbe wird verlängert werden, falls neue Vorfälle vorkommen.

Boerenkrieg.

London, 8. Juli. (W. Z. V.) Dem Parlament sind heute Berichte zugegangen über die Verhandlungen zwischen Bismarck und Votha. Bismarck benachrichtigt in einem vom 7. März datierten Briefe unter Hinweis auf die beiderseitige Unterredung in Widdesburg vom 23. Februar Votha davon, daß, falls sich die Boeren ergeben würden, die britische Regierung sofort in Transvaal und dem Orangegebiet eine Amnestie für alle während des Kriegs begangenen Missethaten erteilen werde. Beide Sprachen, die englische wie die holländische, sollten als gleichberechtigt anerkannt, in den Schulen gelehrt und vor Gericht angewendet werden. Großbritannien lehne es aber ab, die Verantwortlichkeit für die von den Boeren aufgenommenen Schulden zu übernehmen. Votha hielt am 15. März an die Bürger eine Ansprache, in der er ausführte, der Geist, in dem Bismarck's Brief geschrieben sei, mache es klar, daß die britische Regierung die Vernichtung der Afrikaner-Völkervermehrung wünsche, und die Boeren beschwor, ihr Vertrauen auf Gott zu richten, der ihnen Freiheit geben würde. Es gelang noch eine Reihe weiterer Schriftstücke zur Veröffentlichung, die meistens in den Lagern der Boeren gefunden wurden und die von britischen Niederlagen berichten und sonstige britenfeindliche Mitteilungen enthalten, die entweder stark übertrieben oder direkt erfunden sind. Eine Proklamation De Wets vom 1. April besagt, es sei nutzlos, über Detailsfragen zu debattieren, da die Boeren nur für ihre Unabhängigkeit kämpfen. Die Veröffentlichung schließt mit einer am 20. Juni in Botswal ausgegebenen Bekanntmachung der Boeren, aus der ein Auszug am 4. Juli im Parlament verlesen wurde.

Kassel, 8. Juli. (W. Z. V.) Die Bierbryuere-Gesellschaft in Kassel beabsichtigt eine Generalversammlung auf den 17. Juli, in welcher ein Antrag auf Liquidation der Gesellschaft entschieden werden soll.

Paris, 8. Juli. (W. Z. V.) Dem Vernehmen nach wird die deutsch-französische Kommission für die Regelung der noch strittigen Punkte bei der Grenzfestsetzung zwischen Togo und Dahomey morgen die Verhandlungen beginnen. Man glaubt, daß die Angelegenheit in drei Sitzungen erledigt sein dürfte.

Paris, 8. Juli. (W. Z. V.) Der Kriegsminister hat über den Oberst des 147. Infanterie-Regiments achtstägigen Arrest verhängt, weil derselbe einen Soldaten, der gegen das kirchliche Verbot seines Vaters protestierte, mit 60-tägigem Gefängnis bestrafte.

Krankenkassen-Mitglieder Berlins und der Vororte!

Lacht Euch dadurch nicht irreführen, daß die zur Lieferung für die Krankenkassen nicht mehr zugelassenen Apotheken...

Liste der zur Kassenlieferung zugelassenen Apotheken:

- Centrum: Apotheke zum schwarzen Adler, Königsr. 51. Fortuna-Apotheke, Dragonersr. 6a. ... Süd-Westen: Johanniter-Apotheke, Plan-We 11. ... Nord-Osten: Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königsstraße 60.

In Ortschaften, welche nur eine einzige Apotheke besitzen, kann diese nach wie vor benutzt werden.

Die Krankenkassen sind auf Grund des § 26a Abs. II Ziffer 2b des Krankenversicherungs-Gesetzes nicht verpflichtet, Auslagen zu erlegen...

Krankenkassenmitglieder! Eure Köhner Arbeiterbrüder haben soeben nach 1 1/2-jährigem Kampfe den Widerstand der Apotheker gebrochen...

Tokales.

Mangel an Irrenanstalten.

Daß in Berlin ein sehr bedauerlicher Mangel an öffentlichen Krankenhäusern herrscht, das ist bekannt und oft genug besprochen worden.

Der bekannte Irrenarzt Prof. Mendel weist in der „Medizinischen Reform“ (Nr. 27 vom 6. Juli 1901), die Fürsorge für die Geisteskranken in Berlin und der Provinz Brandenburg auf diese Thatsache hin...

immer 1 in einer öffentlichen Anstalt untergebrachter Geisteskranker 1878 auf je 1500 Einwohner (Mendel sagt infolge eines Rechenfehlers: 1808 Einwohner) und 1900 auf je 548 Einwohner (Mendel sagt, weil er eine unrichtige absolute Zahl benutzte)...

Mit Recht macht Mendel auf Grund dieses Ergebnisses der Kommune Berlin den Vorwurf, daß sie „in der Fürsorge für die Geisteskranken hinter der Verwaltung der Provinz Brandenburg zurückgeblieben ist“.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen. Bei den diesjährigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung werden die einzelnen Wahlbezirke wieder in Abstimmungbezirke geteilt. Damit fällt eine durch die Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts recht lässig gewordene Ersäuerung bei der Ausübung der Wahl fort.

Katholische Logik. In einer Besprechung unseres Artikels über die unzureichende Waisenpflege in Berlin kommt die katholische „Germania“ zu dem Schluss, daß jetzt herauskomme, wie hoch wir gehandelt hätten, als wir vor zwei Jahren — man rate — den bekannten Joli im Potsdamer Joseph-Stift zu einer „höchsten Hege“ benutzten.

Da die „Germania“ in ihrem gestrigen Artikel eine solche Pflege die „denkbar beste“ nennt, ist vom Standpunkte heutiger Kultur nicht weiter mit ihr zu rechten, und ebenfalls müssen wir es ihrer beinahe majestätisch bedrückend mangelhaften Unkenntnis vom Wesen des königlich preussischen Verwaltungsvertrags zu gute halten.

Eines aber sollte der „Germania“ bei aller mittelalterlichen Trammerei doch aufdamern. Wenn wir z. B. die Waisenhände im heutigen Reichswesen nach Gebühr kennzeichnen, so wollen wir damit keineswegs eine Schwärmerei für die Inquisition und die Carolina, die peinliche Polstergerichtsordnung, bekunden.

Wer so gedankenlos verfahren wollte, wie es die „Germania“ thut, der könnte die Thatsache, daß die auswärtige Kostpflege schlechter zu sein scheint als die Berliner, sogar gegen das Josephs-Waisenhaus anspielen.

Die Zunahme der Verwendung von Lehrerinnen im Volksschuldienst wird für Berlin durch die folgenden Zahlen bezeugt. Im laufenden Sommer-Halbjahre sind an den Berliner Gemeindeschulen, wenn von den nur vertretungsweise usw. beschäftigten Lehrkräften abgesehen wird, 4324 wissenschaftliche Lehrkräfte thätig.

Der Geheim-Ober-Finanzrat Pfahl, Chef der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin, hinter dem Giechause 1, ist, wie uns mitgeteilt wird, gestern morgen 4 Uhr in seiner Wohnung in der Kantstraße, verstorben.

Der erste Kongress der „Naturärzte“ Deutschlands findet im September d. J. in Berlin statt. Er wird die sogenannten Naturpraktiker aller Kategorien, die Naturheilkundigen, Magnetopathen, Kneippianer usw. vereinigen und hauptsächlich über die Maßnahmen zur Erhaltung der geistlich bestehenden Kurierfreiheit beraten.

Ein Opfer der Großen. Am Sonntagmorgen um 4 Uhr wurde eine Frau vor dem Hause Wilowstr. 37/38 von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt.

Vom Wagenmaterial der „Großen“. Gefährliche Risiken zeigte gestern der Straßenbahnwagen 1313, der auf der vor einigen Tagen zur Eröffnung gekommenen elektrischen Linie Savignuplag-Schönhauser Thor verkehrte.

Unersättlich ist das Verlangen des 18 Jahre alten Schreibers Hans Lindmann aus der Wilhelmshavenerstraße 40, der bei dem Märkischen Kunstverlag in der Uferstraße beschäftigt wurde.

Die „Vogelbrüder“. Der 42 Jahre alte Handelsmann Megele, der zum Trunk neigt, bewohnte seit einem Jahr Bellevuestraße 79 eine dorfliche Wohnung und lebte in kinderloser Ehe.

Großfeuer wüthete gestern, Montagmorgen, in der Wilowstraße 74, gegenüber der Lutherstraße. Das Feuer war an der Verbindung des Vorderhauses und des Seitenflügels aus nicht ermittelter Ursache ausgebrochen und hatte sich mit unheimlicher Schnelligkeit nach beiden Seiten hin ausgebreitet.

Selbstmordversuch eines Dienstmädchens. Von der Welschbrücke in die Spree gestürzt hat sich gestern am frühen Morgen das Dienstmädchen des Kaufmanns G. aus der Lindenstraße.

Im Eisenbahnzuge verbrannt. Ein schreckliches Unglück hat sich Sonntag hat abends in einem Eisenbahnzuge zwischen Wiesenthal und Verna zugetragen.

Selbstmorde. Die in der Wiesenbalkenstraße 21 wohnhafte 51 Jahre alte Frau Minna Grünwald hat am Sonntagabend ihr Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Feuerbericht. Montagmorgen brannten Bülowstraße 12 verfallene Küchengeräte. Kottbuserstraße 63 war durch Explosion einer Kollampe ein Brand entstanden, der noch in keine erstickt werden konnte.

Festgenommen. Kleinere Brände wurden noch von Rosenthalerstraße 40, Putzstraße 81 und Charlottenstraße 62 gemeldet.

Orgelkonzert. Herr Musikdirektor Otto Dienel hält Mittwoch, den 10. Juli, mittags 12 Uhr, in der Marienstraße einen Orgelkonzert bei freiem Eintritt unter Mitwirkung von Frau Hedwig Kröner-Rüchmann, Obermanglerin, Fräulein Margarete Wüthler, Herrn Paul Brösch, Herrn Hermann Spöndly, Violinist, und Herrn Organist P. Heuer.

Im Sportpark Friedenau hatte am Sonntag eine nach vielen Tausenden zählende Menge des Kampfes um die Weltmeisterschaft. Waren die Ringer weniger von Belang, so konzentrierte sich das Interesse, um so mehr auf den Ausgang des Hundertkilometer-Kennens, der die „Verunsichertheit“ der Welt proklamieren sollte. Beteiligt waren der Kapitän Vouhours, Piet Didentmann aus Amsterdam, den gleich zu Anfang ein Raddefekt zwei Runden ins Hintertreffen brachte, der Münchner Kobl, Hoyer, Heiny und Krause. Vouhours, der Weltrekordmann über 100 Kilometer, war nicht erschienen. Kobl führte mit einer Runde Vorsprung vor dem sehr gleichmäßig fahrenden Vouhours, als der Franzose in der 25. Runde infolge Pneumatikdefekts stürzte. Vouhours wurde auf der Währe fortgetragen, er hat sich schmerzhaft Hautwunden zugezogen, die ihn launfähig machen. Kobl ging nun weiter mit großer Fortschritts vorwärts, bis er beim 90. Kilometer beinahe durch ein Unglück seines Schrittmachers, der vom Motor fiel, gestürzt wäre. Er wich aber geschickt aus und fand sofort Anschluss an neue Schrittmacher. In höchstem Tempo fuhr er das Rennen zu Ende und ging nach 1 Stunde 38 Min. 6.1 Sek. als Sieger über das Band, 1 2/3 Runden vor Didentmann, dem mit neun Runden Abstand Hoyer als Dritter folgte, 10 Runden vor Heiny. Im ganzen zeigte die Fahrt von neuem die oft obstoßende Gefährlichkeit derartiger Dauerrennen.

Nachstehend die weiteren Resultate:
Reiserschaft der Welt für Berufsfahrer über 2 Kilometer. Nicht über 1000 Meter. 1. Lauf: Kaiser (1,50 Min.) 1., Herrart 2., Peter 3. 2. Lauf: Seidel (1,39 Min.) 1., Müller 2., Münder 3. 3. Lauf: Müll (2,10 Min.) 1., Groß 2., Bourotte 3. 4. Lauf: Schilling (2,08 Min.) 1., Huber 2., Albrecht 3. 5. Lauf: Ullgaard (2,57 Min.) 1., Heering 2., Rudela 3. 6. Lauf: Grogna (2,35 Min.) 1., Heller 2., Dirheimer 3. 7. Lauf: Arnd (2,07 Min.) 1., Det 2., Ding 3. 8. Lauf: Jacquelin (1,43 Min.) 1., Meyer 2., Hoffmann 3. — Prämiensfahrten. Distanz 2000 Meter. Bourotte (3,55 Min.) 1., Del-Moiland 2., Ding-Berlin 3. Unpl.: Albrecht, Groß, Herrart, Grogna, Heering, Heller, Jacquelin, Keller, Rudela, Rauer, Münder, Müller, Peter, Müll, Schilling, Wernitz, Hoffmann. — Tandemfahrten. Distanz 2000 Meter. Drei Vorläufe. Entscheidung: Arnd-Ullgaard (3,22 Min.) 1., Huber-Seidl 2., Dirheimer-Schilling 3. Unpl.: Heller-Albrecht.

Aus den Nachbarorten.

Zu der Protestbewegung, die die Spandauer Gewerkschaft gegen die Herodesverwaltung wegen der von dieser bezug der Betriebsdirektion beliebigen Herabsetzung der Verordnungen zu führen gezwungen sind, ist zu berichten, daß die 14 Mitglieder des Arbeiterausschusses, die vor einigen Tagen ihre Klemmer quittiert hatten, am Sonnabend prompt wieder gewählt worden sind. Ob die Herodesverwaltung nun begreifen wird, daß es den Arbeitern bitter ernst ist mit ihrem Widerstand gegen die Verschlechterung ihrer Lage?

Mit der Roggenerte ist auf den Feldern in der südlichen und südwestlichen Umgebung von Berlin jetzt begonnen worden. Auf den Feldern von Steglitz und Lichterfelde sieht man hier und da das geschichtene goldgelbe Korn bereits in „Mäandeln“ stehen, während an anderen Stellen Reben und Halme noch eine etwas grünliche Färbung zeigen, so daß hier der Roggenstopp erst in etwa acht Tagen seinen Anfang nehmen wird.

Wieder ein Kind durch die „Elektrische“ totesfahren! Wie gemeldet, war vor kurzem in Groß-Lichterfelde das sechsjährige Söhnchen des Landwirts Wolf beim Spielen von der elektrischen Straßenbahn überfahren und nach mehrwöchigen qualvollen Leiden seinen Verletzungen erlegen. Jetzt hat sich ein gleichartiger Fall im benachbarten Steglitz ereignet. In der Schloßstraße dortselbst werden zur Zeit Gasröhren nach der Mariendorfer Gasanlage verlegt. Die Jugend tummelt sich mit Vorliebe in der Nähe der Erdschächte. Am Sonnabendnachmittag gegen 4 Uhr spielte eine ganze Schar Kinder vor dem Restauration „Albrechtshof“ in der Schloßstraße, als plötzlich ein Wagen der Westlichen Vorortbahn (Streda-Lichterfelde-Steiglitz) heranfuhr. Die spielenden Kinder hatten in ihrem Eifer der Gefahr nicht Acht, und so ereignete sich zum Entsetzen zahlreicher Passanten das Gräßliche, daß der 3 Jahre alte Knabe Theodor Kusch, der Sohn einer armen Kupferarbeiterin, von dem Wagen erfaßt, überfahren und mehr als 80 Meter weit mitgeschleift wurde. Mit schweren Verletzungen, namentlich am Kopfe, wurde der Kleine in das Kreisrennenhaus Groß-Lichterfelde geschafft. Dort ist er am Sonntag früh verstorben.

In der Bernauer Mordaffäre vernahm die Behörde in den letzten Tagen Personen aus Schönerlinde, wo sich bekanntlich die Villa des Pöschhaffners Stern befindet. Wie aus den Aussagen der Zeugen zu entnehmen ist, hat sich Stern allem Anscheine nach mit Fluchtgedanken getragen. Er hat den Versuch gemacht, sich Geldmittel zu verschaffen und wollte zum Zwecke der Erreichung bedeutender Summen selbst seine Villa verpfänden. Da die Bemühungen Sterns in Schönerlinde vergeblich waren, so war er genötigt, seinen Fluchtplan zunächst aufzugeben. Uebrigens bestreitet St. nach wie vor, den Mord verübt zu haben und behauptet, daß die ihn belastenden Aussagen seiner Complicen sowie auch der Zeugen auf Fache zurückzuführen seien.

Veranstaltungen.

Johannisthal. Am 6. Juli hielt hier der sozialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung ab, in der Genosse Jübel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Vollbibliotheken und Volkseisenbücherei“ hielt, an den sich eine kurze Diskussion schloß. Hieran berichtete Genosse Döring, daß im letzten Quartal fünf Vereinsveranstaltungen und eine öffentliche Versammlung stattfanden. Der Verein zählt zur Zeit 58 Mitglieder. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 88,15 M. auf. Da von der Einnahme 2/3 an den Centralvorstand abzuliefern sind und die lokalen Ausgaben sich auf 21,80 M. belaufen, so bleibt ein Bestand von 7,72 M. am Orte. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer, Genossen Schirnhoff, einstimmig Decharge erteilt. Aus dem Bericht des Bibliothekars, Genossen Mertins, ist zu ersehen, daß in den beiden letzten Quartalen die Bibliothek fünfundsiebzigmal in Anspruch genommen worden ist.

Wohlbürgerliche Versicherungs-Anstalt. Allgemeine Bezirks-Versammlung für Berlin am Freitag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedenstr. 35. Tagesordnung: Wahl des Bezirks-Vorstandes, desgleichen der Bezirks-Beiräte und deren Stellvertreter, Anträge an die Generalversammlung. Anweisung: Versicherungsartikeln (Sterbefallbuch) und legit. Beitragsquittung oder letztere allein.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 40. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zwei Veteranen. — Erkenntnistheoretische Kritik. Von Heinrich Cunow. I. — Gelegenheitsvortrag zur Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter in Frankreich. — Die Sozialdemokratie in Australien. Nach einem Bericht des internationalen Sekretariats in Brüssel. — Väterliche Randschau: C. Schr. v. d. Goltz, „Geist und Recht“. — Feuilleton: Die Wärmehaare der Gemeinde. Ein Bild aus Sottingen. Von Maria Konopnicka. Deutsch von D. Popowitsch.

Vom „Zwischen den Völkern“ ist soeben die Nr. 14 erschienen, die zu Robert Schweißels 80. Geburtstag eine Gedenkschrift enthält. Diese Beilage bringt das Bild des Gefeierten, wie er in seinem Arbeitszimmer sitzt. Daran folgt ein Gedicht „Das Gedicht der Toten“, ein Artikel Ernst Krumpholtz, in dem Schweißels Leben gewürdigt wird, und eine Anzahl Citate aus seinen Werken. Von dem sonstigen Inhalt der Nummer ist besonders das Bild „Der Kaiser kommt“ zu erwähnen, das die Sorgen der Polizei bei Kaiserreisen verspottet.

Vermisches.

Typhusepidemie. In Hastenratz (Kreis Dären) ist, wie die „Därner Zeitung“ meldet, seit einigen Tagen eine Typhusepidemie ausgebrochen. 23 Einwohner sind erkrankt, 2 bereits gestorben. Die Schule ist zum Hospital eingerichtet. Die Behörden haben umfassende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen, um der Weiterverbreitung der Krankheit vorzubeugen. Die Erkrankungen sollen auf den Genuß schlechten Trinkwassers aus einem geiperten Brunnen zurückzuführen sein.

Ein Straßenbahn-Unglück passierte Sonntagmorgen in dem bei Breslau gelegenen Dorfe Gräbchen. Unter einem Wagen der Breslauer elektrischen Straßenbahn geriet ein dreijähriges Kind, der sich einen Augenblick von der Mutter entfernt hatte. Als diese das Unglück kommen sah, stürzte sie sich, ein einjähriges Kind auf dem Arme, dem heraufstehenden Wagen entgegen, um ihr Kind von den Schienen zu reißen. Statt dessen geriet auch die Arme mit dem kleinen Kinde unter den Wagen. Während das einjährige Kind sofort getötet ward, lebten der ältere Knabe und die hochschwangeren Mutter noch, trotzdem die Mäder beiden über Brust und Leib gegangen waren. Zu hoffnungslosem Zustande wurden die Verunglückten von dem Unglückswagen einem nahegelegenen Krankenhaus zugeführt.

Neun Soldaten bei der Uebung ertrunken. Aus Rehl wird berichtet: Als das 19. Pionier-Bataillon Montagvormittag 9 1/4 Uhr auf dem Rhein zehn Meter oberhalb der Kehler Rheinbrücke Fahrübungen machte, schlug ein mit 16 Pionieren besetztes Boot um; fünf derselben konnten sich durch Schwimmen retten, während ein Unteroffizier und acht Mann ertranken. Zwei Boote, die an einer unterhalb gelegenen Kiesbank landeten, sind geborgen. Ein Sanitätszug aus Straßburg wurde sofort nach der Unglücksstätte entsandt.

Ueber ein Bootunglück wird aus Hottenau gemeldet: Fünf Kellner der Seebadeanstalt in Düsternbrook unternahmen in der Nacht auf Sonntag mit einem Escamot eine Ruderpartie nach dem jenseitigen Hafensufer. Auf der Rückfahrt schlug das Boot vor der Seebadeanstalt um. Drei Kellner sind ertrunken. — Bei einer Kahnfahrt, welche vier Personen in der Nacht zu Montag in Neuß unternahm, schlug der Kahn um. Zwei Arbeiter ertranken.

Durch Brunnengase wurden am Sonnabend in dem Dorfe Gävesin, Kreis Westbavonien, drei Personen getötet. Dort hin hatte sich zur Reparatur eines auf dem Grundstück des Gutsbesizers Gayer belegenen Brunnens der in Brandenburg a. H. wohnende Brunnenschneider Wilhelm Voigt mit seinem Lehrling Albrecht und dem Arbeiter Zimmermann gegeben. Um eine Prüfung des Brunnentessels vorzunehmen, stieg zunächst der Meister Voigt in denselben hinein, kam aber nur bis zur Mitte der Leiter und stürzte dann, von aufsteigenden giftigen Brunnengasen bedrängt, auf den Grund des Brunnens hinab. Der Arbeiter Zimmermann und der Lehrling Albrecht glaubten, daß ihr Meister nur ausgeglitten sei und stiegen scheinmüßig in den Kessel, um ihm Hilfe zu bringen, wurden aber beide von dem gleichen Schicksal wie Voigt ereilt. Mit vieler Mühe gelang es die drei Personen aus dem Brunnen herauszuziehen, doch konnte der herbeigerufene Arzt Dr. Friedrich nur den Tod derselben konstatieren. Voigt, der bei seinem Vater die Brunnenschneiderei erlernt und nach

dessen Tode sein Geschäft übernommen hatte, wollte in den nächsten Tagen seine Hochzeit feiern, wozu schon alle Vorbereitungen getroffen waren.

Deutsche Sittenzustände. In der Nähe von Kottenburg ist der „Schwab-Tagewacht“ zufolge der 21-jährige Gärtner Oertler von einem Landjäger erschossen worden, als er sich der Verhaftung widersetzte. Man betrachtet mit Recht den Kulturzustand eines Staats nach der Achtung, die die Organe dieses Staats vor dem Menschenleben hegen.

Feuerbrand in Liverpool. In einem Baumwollenslagerhaufe nahe bei den Docks brach gestern Nacht ein Feuerbrand aus; dreitausend Ballen Baumwolle sind vollkommen vernichtet. Der Schaden wird auf 12 000 Pfund Sterling geschätzt.

Im Orte Most bei Paris ist die neunjährige Tochter von Fischerleuten, die von ihren Eltern mit Fischen in ein Restaurant geschickt war, das Opfer eines schweren Verbrechens geworden. Sie wurde tot aufgefunden.

Marktpreise von Berlin am 6. Juli 1901 nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis
Weizen, gut	D. Ctr.	—, —	Raykoffeln, neut. D. Ctr.	7 —	5 —
„ mittel	„	—, —	Milchschmalz, Reife 1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—, —	„ do.	1,50	1 —
Hoggen, gut	„	—, —	Schweinefleisch	1,60	1,20
„ mittel	„	—, —	Kalbsteck	1,60	1,10
„ gering	„	—, —	Lammfleisch	1,60	1,10
* Gerste, gut	16 —	14,90	Butter	2,00	2 —
„ mittel	14,80	13,70	Eier 60 Stk.	3,00	2,40
„ gering	13,70	12,50	Rapsen 1 kg	2 —	—
* Hafer, gut	16,20	15,40	Kaie	3,60	1,20
„ mittel	15,30	14,60	Rauben	2,80	1,20
„ gering	14,50	13,80	Dachte	2,40	1,20
Milchstroh	7 —	6,32	Barfische	1,80	0,80
den	6,80	5 —	Erdbeie	2,40	1 —
Erbsen	40 —	35 —	Stie	1,40	0,80
Erbsen ohne	45 —	35 —	Rechte per Schol	15 —	3 —
Wicken	65 —	30 —			

* Frei Wagen und ab Bahn. Der Getreidemarkt war auch heute sehr still. Nur für Roggen lagen einige Orbers vor, die offenbar wieder Rückvergütungen nach Rußland bedeuteten, und der Artikel konnte sich im Preise relativ behaupten. Dagegen war Weizen ausgeprochen Kau infolge sehr matter Meldungen aus Chicago und leichter Rückvergütungen in Paris. Die amtlichen Meldungen der Börsen Deutsches Auslandes zeigten keine wesentlichen Veränderungen gegen vorgestern. Bei und waren Weizenlieferungen 1/2 bis 1/3 billiger offeriert. Das effektive Angebot war nicht bedeutend. Der Weizenmarkt war ohne Leben. Hafer behauptet, prompte Inlandsware feher, Reis wenig verändert, Rühhl bei einigem Handel leicht anziehend. Spiritus ohne Umsatz und Notiz.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

J. G. Porto für Berliner Briefe fünf Pfennig, nicht drei, da sonst ein Nachporto von sieben Pfennig erhoben wird.

S. S. Bedenken Sie sich mit Ihrer Anfrage direkt an das Reichs-Landamt. — Wilhelm S. Deserpräparate, zu denen Crostat und Crostatol gehören, sollen eine lungenfreundliche, bacillenfeindliche Wirkung haben. Wie jede Medizin nützt Crostatol stets dem Apotheker, nicht aber unter allen Umständen dem Kranken. Ob sie im Einzelfalle tauglich sind, müssen Sie durch den Arzt entscheiden lassen. Ein allgemeines Urteil über Zweckmäßigkeit von Heilmitteln zu fällen, ist unmöglich; ein Urteil für den Einzelfall ohne ärztliche Untersuchung zu fällen, ist gewisslos. Gute Luft, gute Ernährung, Herabsetzung der Arbeitszeit, sind die besten Mittel zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Wollen Sie sich über die Tuberkulose informieren, so schreiben Sie sich das treffliche Büchlein von Dr. Knoll, „Die Tuberkulose als Volkskrankheit und deren Bekämpfung“, (Preis 40 Pf.) an. Im übrigen — wer sich krank fühlt, wende sich an einen Arzt, zu dem er Vertrauen hat und halte sich von Quacksalbern und Quacksalberbüchern fern. Ein Briefkasten gewissenhaft redigierter Zeitungen kann sich nie zu Rathschlägen gegen Krankheiten hergeben; der Vorwurf leichtfertiger Anpreiserei wäre sonst durchaus gerechtfertigt. Also — wenden Sie sich an einen Arzt, zu dem Sie Vertrauen haben.

G. 10. Die Kriegsanwaltschaft-Kommission bezieht sich lediglich auf die Versorgung derjenigen Personen des Soldatenstandes und Beamten der Militär- und Kommunalverwaltung, welche durch die von deutschen Staaten vor 1871 oder vom Deutschen Reich geführten Feldzüge Invaliden geworden sind (Kriegsinvaliden) und deren Hinterbliebenen (Kriegs-Hinterbliebenen). Ob Sie zu diesen gehören, muß Ihr Arzt ergeben. In demselben steht, ob und in welchem Grade Sie als erwerbsunfähig anerkannt sind. Ist dies der Fall, so sind Sie nach dem neuen Gesetz zu behandeln und werden, falls Ihnen die Gehaltsstufe verweigert werden, Schadenersatz einzufordern können. Sie zur Klasse III (größtenteils erwerbsunfähig, täglich zum Ausdienst) zu betragen Ihre Pension statt 300 M. früher, 504 M. jetzt. Ihre Bestimmungszugabe beträgt 334 M. — R. 37. Die ortsmündende Bevölkerung Berlins betrug bei der Volkszählung am 1. Dezember 1900: 1 888 323. Die im Anschluß an das Volkszählungs-Ergebnis vom Berliner Statistischen Amt ermittelte Bevölkerungszahl betrug am 16. Juni 1 888 862.

Witterungsbericht vom 8. Juli 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in C. u. F.
Sonneberg	766,4	W	3 wolkig	15	Saparanda	755,4	W	2 Regen	15
Darmstadt	767,3	W	2 bedeckt	13	Veitshausen	760,3	W	2 wolkig	13
Berlin	767,3	W	2 bedeckt	16	Loth	769,3	W	1 heiter	17
Frankf./M.	767,3	W	4 heiter	18	Aberdeen	—	—	—	—
München	768,3	W	1 wolkig	16	Paris	767,3	W	2 wolkig	16
Wien	766,3	W	2 heiter	19					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 9. Juli 1901. Ein wenig kühler, bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. BERLIN: Wetterbureau.

Stadtverordneten-Wahl 1901.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

5 Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Peters, Alt-Moabit Nr. 80-81.

Referent Stadtov. Glocke und Ewald.

Colberger Salon, Colbergerstr. 23.

Referent Stadtov. Dr. Freudenberg.

Zimmermann, Badstraße 58.

Referent Stadtov. W. Pfannkuch.

Dietrich, Brunnenstraße Nr. 34.

Referent Stadtov. E. Warm.

Lindemann (fr. Mierke), Schönhauser Allee 101-102.

Referent Stadtov. H. Heymann.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Die Bedeutung der Kommunal-Wahlen und warum müssen die Wählerlisten eingesehen werden.

2. Diskussion. 219/10

3. Besichtigung des Wahlbezirks erwarten

Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

in Habels Brauerei, Bergmannstraße Nr. 5-7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zabell über: „Die Stadtverordneten-Wahlen“. 2. Diskussion. 3. Parzellangelegenheiten.

3. Besichtigung des Wahlbezirks. 238/10*

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII. 353.

Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung.

Beratung von Änderungsanträgen zum Ortsstatut. 116/15

Das Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Rixdorf. Socialdemokrat. Wahlverein.

Heute, Dienstag, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Thomas, Hermannstr. 48-50. Tages-Ordnung: 1. Das Landtagswahlrecht. Referent: Fritz Zabell. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Kassenbericht. 5. Vereinsangelegenheiten. 232/11 Der Vorstand.

Verein deutscher Schuhmacher.

Mittwoch, den 10. Juli, abends präzise 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht sowie Abgabe der Streifenrechnung.

2. Uebernahme der Betriebsverhältnisse. 3. Anträge der Ortsverwaltung.

4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird präzise eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Unsere Mitglieder, welche im Norden und Osten wohnen, machen wir darauf aufmerksam, daß der Späth, Weinstr. 28 und bei Verche, Gleimstr. 17, Zahlstellen des Vereins eingerichtet sind. Die Zahlstelle bei Steiner, Weinstr. 22, ist eingezogen.

170/4 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Elektromonteur u. Berufsgenossen

Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 10. d. Mo., abends 8 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn Hoffmann (Englischer Garten), Alexanderstraße 27c, oberer Saal:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Link: Die gegenwärtige Krise und ihre Einwirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes. 35/10*

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, bei der gegenwärtigen Lage in unfreiem Beruf für die Versammlung zu agitieren. Der Einberufer.

Special-Institut für Zahnersatz. Zähne 3 Mk. Plomben 2 Mk.

Berlin N., Oranienburgerstr. 55, opt. am Dänischen Thor) O. Sigmeyer, (tögl. 9-7). Völlig schmerzlos Zahnoperationen ohne Narkose u. m. Lachgas.

Schmerz. Plomb., Korkzotten u. Kronen u. Brücken. Modernster Zahnersatz u. Völlige Garantie. Jeder Versuch befreit. Solibeste Preise. Zeitungs-.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 9. Juli
Curahaus, Geflossen.
Schauspielhaus, Geflossen.
Neues Opern-Theater (Krohn),
Rameau's Oper, Anfang 8 Uhr.
Im Trianon-Theater: Lebende
Peder, Anfang 8 Uhr.
Schiller, (Morwig-Oper) Martha,
oder: Der Markt zu Richmond,
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Geflossen.
Leistung, Die dritte Eskadron, An-
fang 8 Uhr.
Berliner, Geflossen.
Reibung, Das blaue Kabinett, An-
fang 8 Uhr.
Neues, Schauspiel des Westfälers-
Güterhofes, Die goldene Brücke,
Anfang 8 Uhr.
Wochen, Der Refraktor auf Reisen,
Anfang 8 Uhr.
Circus-Theater, Bunte Theater:
Ueberritt, Anf. 8 Uhr.
Central, Schauspiel der acht japani-
schen Geisha aus Tokio, Die
Geisha, Anfang 8 Uhr.
Thalia, Geflossen.
Carl Weiss, Der Troubadour,
Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Städtisches,
Specialitäten im Garten.
Salle-Rilliance, Schauspiel-Konzert
Thomas Kochs und der Wiener
Sopranist, Anfang 8 Uhr.
Metropol, Specialitäten-Vorstellung,
Anfang 8 Uhr.
Apollo, Specialitäten-Vorstellung,
Franz Luna, Anfang 8 Uhr.
Vossage-Theater, Damen-Kin-
gspiele, Specialitäten-Vorstellung,
Anfang nachmittags 3 Uhr.
Vossage, Panoptikum, Speciali-
täten-Vorstellung.
Reichshallen, Reumann-Bliemchen
mit seiner Gesellschaft, Anfang
8 Uhr.
Urania, Taubenstr. 48/49, (Im
Theateraal) Abends 8 Uhr:
Zu kleinen Preisen: Die Höhlen
des Harzes und ihre Umgebung.
Täglich abends von 6-10 Uhr.
Sternwarte.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Zu kleinen Preisen: Die Höhlen
des Harzes und ihre Umgebung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Zoologischer Garten

Täglich 5 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
Gastspiel der Kapelle des Badi-
schen Leib-Grenadier-Regiments
Kgl. Musik-**A. Boettge**,
direktor
Entree 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Castans Panopticum.
Neu! Neu! Neu!
Der Champion aller Billardkünstler
Prof. Léon Goffard
aus Bruxelles
tritt täglich auf um 7 1/2 Uhr
vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm.

Lebende Photographien,
die eisernen Jungfrau usw.

Carl Weiss-Theater
Grosse Frankfurterstr. 132.
Salle-Rilliance.
Der Troubadour.
Anfang 8 Uhr.
Gründliche Preise. Vorst. 1 Mark.
Wochen: Die Atrianerin.
Im Garten: Konzert, Theater-
und Specialitäten-Vorstellung,
Anfang 7 1/2 Uhr. Mittwoch: Kinderfest.

Apollo-Theater
Vollständig neues
Specialitäten-Programm!
10 Debüts!
Frau Luna
Luftballt Grigolatis.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Reichshallen
Seite und folgende Tage:
Wochn. des allberühmten
**Neumann-
Bliemchen**
mit seiner Gesellschaft
(Gerrn Blomchen,
Norvald, Gipsner, Tieck,
Zimmermann, Feldow
und Ledermann.)
Anfang: Bochentags
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Am 1. August: Wiederbeginn der
Saison der Stettiner Sänger.

W. Noacks Theater.
Bismarckstr. 16.
Täglich: Konzert, Theater- u.
Specialitäten-Vorstellung.
„Amor“ der macht es.
Operetten-Vorlesung in 1 Akt von
W. Noack. Musik von W. Schmidt.
Im Saale: Tanzkränzen.
**Puhlmanns
Vaudeville-Theater**
Schönhäuser-Allee 148.
Täglich: Große Theater- und
Specialitäten-Vorstellung.
Nur Kräfte ersten Ranges.
Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!
Susanne im Bade.
Große Ausstattungsoperette.
Anfang: Bochentags 5 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Director.

Schweizergarten
Am Königsthor. Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Speciali-
täten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller
Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

Ostbahn-Park.
Am Kästrinorplatz, Rüdigerstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u.
Specialitäten-Vorstellung.

Sanssouci
Im Garten:
Täglich:
Hoffmanns-
Nordd. Sänger
und Konzert.
Anfang 8. Sonntags 5 Uhr,
bei Sonree 7 Uhr, Bochent-
tags 6 Uhr, d. Sonree 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Tanzkränzen.
Wochentags Vereinsbillets gültig.
Tanz frei.

Wer Stoff hat!
fertige unter Garantie tadelloser
Zweck, gute Rath. Anfang 18 Mr.,
Paletot 16 Mr. 14942

Alexander Schmidt
Dresdenerstr. 14
zwischen Dreieckplatz u. Rüdigerstr. Thor
Mit Stoff Anfang v. 27 Mr., Paletot
von 25 Mr. an.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 14. Juli 1901, im „Schloss Weissensee“:

Gr. Sommer-Fest

des VI. Berliner Wahlkreises
bestehend in

* **Großem Früh-, Mittags- und Nachmittags-Konzert** *

ausgeführt von 2 stark besetzten Kapellen.
Massen-Gefänge
ausgeführt von ca. 500 Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes unter Leitung des Bundes-
Dirigenten Herrn R. Blöbel.

☞ **Radfahrer-Reigenfahren** ☞
auf festlich geschmückten Rädern, ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrer-
Vereins „Berlin“.

Grossartige turnerische Aufführungen.
Im herrlich gelegenen See-Theater:

Auftreten sämtlicher Specialitäten
bei freiem Entree.
Bei eintretender Dunkelheit:

Grosses Brillant-Feuerwerk
ausgeführt von dem berühmten Pyrotechniker Herrn Albers.

Volks- und Kinderbelustigungen aller Art.
Vorstellung eines Kasperle-Theaters bei freiem Entree. ☞
Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon, für welchen es entweder eine Stocklaterne erhält,
oder die Schaukel oder ein Karussell einmal benutzen kann.

Von 4 Uhr nachmittags in beiden Sälen: **TANZ.** Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pf. nach.
Die **Kaffeeküche** steht den geehrten Damen von 2-6 Uhr nachmittags zur Verfügung.

☞☞☞☞ Anfang des Konzerts früh 8 Uhr. Entree 20 Pf. ☞☞☞☞
Ausführliches Programm beim Eintritt gratis.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, dass im Lokal eine Abteilung der Arbeiter-
Sanitäts-Kolonnie und am Wasser eine Rettungswache vom Arbeiter-Schwimmer-Bund
stationiert ist.

Für hinreichende Fahrverbindung ist Sorge getragen.
Da wir weder Kosten noch Mühe gescheut, das Fest zu einem wirklich
genussreichen und volkstümlichen zu gestalten, hoffen wir auf recht zahl-
reichen Besuch. 219/14

Das Komitee.

Gossmann-Konzertgarten
Kreuzbergstr. 48, an der Roggenbühlstr.
Jeden Sonntag
Frei-Konzert
und Ball.
Montag und
Donnerstag:
**Hamburger
Sänger.**
Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Während der Ferien ermäßigt. Entree.
Entree 20 Pf.
Vorgeschichte 10 Pf. Nachzahlung,
☞☞ für alle Saiten gültig.

**G. Brochnows
Gesellschaftshaus,**
19270, Bismarckstr. 17.
Im herrlichen
Konzertgarten
jeden
Dienstag und Freitag:
**Steinmetz
Sänger.**
Nach der Soliree:
Tanzkränzen.
☞☞☞☞ gültig. Anf. 8 Uhr.
Jeden Sonntag: **BALL.**
Einige Sonntags noch zu vergeben.

Wedding-Park
Haller-Strasse 178.
Jeden Dienstag
und Sonnabend:
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. 15 Pf.
Entree 20 Pf., Vorgeschichte 15 Pf.

Großes Sommer-Fest
zur Feier des „Guten Montags“
bestehend in
Gr. Garten-Konzert - Specialitäten 1. Ranges - Theater-
Vorstellung für Kinder - Fackelzug - Gr. Feuerwerk.
Von 5 Uhr ab im **Bal champêtre:** 25/7
GROSSER BALL.
Eintritt in den Saal für Herren 30 Pf., für Damen 10 Pf.
Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Anfang 4 Uhr.
Billets sind in sämtlichen Lokalen, bei den Werkstätten-Vereins-
perlen, in obiger Versammlung und im Bureau, Engel-Weer 15, II. zu
haben. Die Ortsverwaltung.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. - Kritische Leitung: Paul Mübitz. 16490
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
☞☞☞☞ Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. ☞☞☞☞
☞☞☞☞ 2 hochgelobte Regeldamen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenhand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzen.

Künstl. Zähne
ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnziehen.
Plomben sowie sämtliche
Zahnoperationen schmerzlos.
Teilzahlung per Woche 1 Mk.
Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und
gewissenhafte Ausführung. 19172
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Charlottenburg!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [1106L]

Nach langem, schweren Leiden ver-
schied mein lieber Mann, unser guter
Vater, Bruder, Schwager und Onkel,
der Ehardtstr. 2336

Hermann Kahn

im Alter von 51 Jahren.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 9. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Neuen Jerusalemer
Kirchhofs, Hermannstraße, aus statt.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Berein socialdemokratischer Gast- u. Schankwirte Berlins und Umgegend.

Am Freitag, den 5. d. M., verstarb
unser Mitglied, Kollege 69/13

Hermann Kahn.

Die Beerdigung findet am Dienstag,
den 9. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Neuen Jerusalemer
Kirchhofs in Rixdorf, Hermannstraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten
unseres Vereines die traurige Mit-
teilung, das 23316

Frau Marie Gesse

geb. Frische
am 7. Juli plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch,
den 10. d. M., nachm. 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Kaiserlich-Königlichen-
Kirchhofs aus statt.
Rauhoffstr. „Glorioso“
J. L. G. Reibing.

Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, das meine liebe
Frau und gute Mutter **Emma
Lietzmann geb. Heirich** am
Sonntag nach schweren Leiden ver-
storben ist. Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 10. d. M., nachm. 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Kaiserlich-Königlichen-
Kirchhofs aus statt.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag nachm. 5 Uhr auf dem
Central-Friedhof in Friedrichsfelde.

Dankagung.

Hiermit sage ich allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, sowie den
Kollegen meines Mannes von Ste-
miend u. Gölke, Tischlerei Union,
Hilfs-Berle, Firma Töbler und dem
6. Wahlkreis für die innige Teil-
nahme und Kranzspenden meinen tief-
gefühlten Dank. 23388
Herrn Johannes Schuppel.

Für die zahlreichen Beweise der
Liebe und Teilnahme bei der Be-
erdigung meiner unvergesslichen Frau
Auguste sage ich allen Freunden, Be-
kannnten und Kollegen meinen herz-
lichsten Dank. 19648
Herrmann Schmelz und Kinder.

Allen, die meinen lieben Bruder
Ednard Balke
die letzte Ehre erwiesen, sowie für die
schönen Kranzspenden, insbesondere
der Frauerei Schultze, sage ich
hiermit meinen aufrichtigen Dank.
23208 **Emma Kempf geb. Balke.**

Berliner Konjum-Berein

(Abteilung III, Monats).
Die zum Dienstag, den 9., bei
Gohlke, Bismarckstr. 22, an-
beraumte Abteilungs-Versammlung
findet wegen der Volkerversam-
lung (Stadtvorstandswahlen) acht
Tage später, am 16. d. Mts. statt.
23226 **Der Vorstand.**

Eigene Fabrikation.

Zeitige Kleider
Enorm billig
praktische reinwoll.
Jackettkleider
wasserdicht dekoriert,
jezt 10 Mr.

Elegante Façons
in Cheviot und Homospun
15 Mr., 18 Mr., 20 Mr. in
feinster Ausführung 30 Mr.

Schwarze Kleider
in neuesten Façons jezt 20 Mr.

Piquékleider
weiß und crème
7,50 Mr., 10 Mr., 15 Mr.

**Hochelegante
Waschkleider**
in Zepher, Satin und Plaid
6 Mr., 8 Mr., 10 Mr.

Organdy 18 Mr., 20 Mr.

Kostümröcke
elegante Façons,
6 Mr., 7 Mr., 10 Mr., 12 Mr.,
und Alpaca 4,50 Mr., 6 Mr.,
und weiss und crème-
Cheviot und Piqué 3,75,
6-8 Mr.

Blusenhemden
1,25 Mr., 2 Mr., 3 Mr.

Blusen in Waschseide
entsprechende Breiten u. Waare
müher, 6,50 Mr., 8 Mr., 10 Mr.

**Schwarze, glatte u. bestickte
Capes u. Kragen**
in Taal u. Raumgarn 10 Mr.

Golfcapes
Reise-Capes
Staubmäntel
jezt 3,75-15 Mr.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße,
Ecke Lindenstraße.

